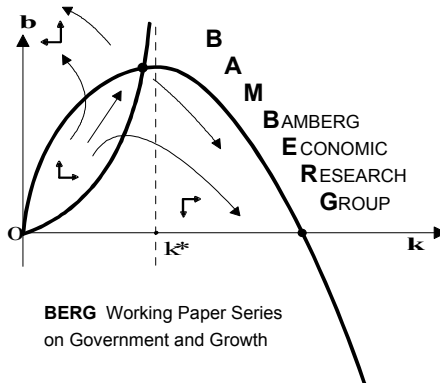


Eine Dekade wirtschaftlicher Transformation in den Westbalkanstaaten: Ein Überblick

Felix Stübßen, Jörg Lackenbauer und Heinz-Dieter Wenzel

Working Paper No. 53
November 2005



Bamberg Economic Research Group
on Government and Growth
Bamberg University
Feldkirchenstraße 21
D-96045 Bamberg
Telefax: (0951) 863 5547
Telephone: (0951) 863 2547
E-mail: public-finance@sowi.uni-bamberg.de
<http://www.uni-bamberg.de/sowi/economics/wenzel/berg>

ISBN 3-931052-50-8

Eine Dekade wirtschaftlicher Transformation in den Westbalkanstaaten: Ein Überblick

FELIX STÜBBEN^{*},

JÖRG LACKENBAUER[†],

H.-DIETER WENZEL[‡]

Chair of Public Finance,

Economics Department,

Bamberg University, Germany

Zusammenfassung

Die vorliegende Arbeit analysiert die Fortschritte der Transformation hin zu sozialen Marktwirtschaften aus Sicht der Unternehmen, indem wir aufzeigen inwiefern es den betrachteten Ländern gelungen ist, ein nachhaltig stabiles Wirtschaftsumfeld zu generieren. Als besonders bedeutsam in diesem Zusammenhang erweisen sich politische und wirtschaftliche Stabilität, die Beschaffenheit des Steuersystems und des Kapitalmarktes sowie Faktoren, die die Rechtssicherheit und die Transparenz betreffen. Abschließend wird ersichtlich sein, dass es den Ländern der Region dahingehend bisher nicht gelungen ist, ein umfassend positives Wirtschafts- und Investitionsklima zu schaffen.

Abstract

This paper analyses the improvement of the transition to market economies focusing on the business climate, by pointing out the progress of the countries in generating a sustainable stable enterprise environment. Most important in this context are political and economic stability, the conditions of the fiscal systems and on the capital market as well as factors regarding legal certainty and transparency. Finally it will be obvious that none of the countries of the region has been able to generate a broadly positive economic and investment climate so far.

Schlüsselwörter: Transformationsprozess, Westbalkan, Geschäftsklima, FDI.

JEL Klassifikation: P27, E00, E62, O11

^{*} felix.stuebben@gmx.de

[†] joerg.lackenbauer@sowi.uni-bamberg.de

[‡] public-finance@sowi.uni-bamberg.de

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Politische Stabilität.....	3
3	Makroökonomische Entwicklung	8
4	Steuersystem.....	17
5	Rechtssicherheit und Transparenz.....	22
6	Kapitalmarkt.....	28
7	Resümee und Ausblick.....	32

Eine Dekade wirtschaftlicher Transformation in den Westbalkanstaaten: Ein Überblick

1 Einleitung

Durch den Zusammenbruch des Kommunismus in Europa vor rund 15 Jahren wurde in den betroffenen Ländern ein unumkehrbarer Prozess von der Zentralverwaltungswirtschaft hin zur Marktwirtschaft initiiert. Enorme nationale und internationale Anstrengungen wurden bis zum heutigen Tage unternommen, um eigenständig funktionierende und wettbewerbsfähige Volkswirtschaften nach westlichem Vorbild zu schaffen. Eine der primären Herausforderungen der Systemtransformation ist dabei die klare Definition der Aufgaben des Staates und die Abgrenzung seiner Tätigkeitsbereiche von denen privater Wirtschaftssubjekte. Sein ökonomisches Handeln muss zum einen deutlich reduziert und zum anderen hinsichtlich seiner Natur geändert werden. „Freie“ Marktwirtschaft darf in diesem Zusammenhang jedoch nicht gleichgesetzt werden mit einer Reduzierung des Staates auf einen reinen „Umverteiler“. In vielen Transformationsländern Mittel- und Osteuropas wurde mit Erstaunen festgestellt, welchen großen Einfluss der Staat selbst in wettbewerbsorientierten Volkswirtschaften ausübt. Es bedurfte und bedarf immer noch erheblicher Anstrengung, diese Länder davon zu überzeugen, dass nicht uneingeschränkt das Motto gilt: Je kleiner der Staat, desto besser (KULE und WENZEL, 2003, S. 1). Bei fehlender oder unzureichender Umsetzung der konstituierenden Prinzipien einer Marktwirtschaft entsteht ein Bedarf an regulierenden Prinzipien. So sind beispielsweise der Schutz von Privateigentum, die Sicherung von Verträgen und die Verhinderung wettbewerbswidrigen Verhaltens privatwirtschaftlich häufig nur unvollständig durchsetzbar. Über die distributive Funktion des Staates hinausgehende Aktivitäten sind folglich dann erforderlich, wenn eine Übereinstimmung von individueller und kollektiver Rationalität nicht gegeben ist. In den SEE-4¹, auf die sich die Analyse im Rahmen dieser Arbeit beschränken soll, hat der Staat unterschiedlich starken wirtschaftlichen Einfluss. Der Anteil des staatlichen Sektors am Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2004² betrug zwischen 25 Prozent in Albanien (ALB) und 50 Prozent in Bosnien und Herzegowina (BiH) sowie Serbien und Montenegro (SiM) (EBRD, 2004a, S. 6).

¹ Die sog. SEE-4 setzen sich zusammen aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien sowie Serbien und Montenegro.

² Die Daten für 2004 beruhen auf Schätzungen der EBRD.

Auch die Unternehmen sahen sich angesichts des einsetzenden Privatisierungsprozesses mit extrem veränderten (wirtschaftlichen) Rahmenbedingungen konfrontiert. Gerade die Privatisierung großer Betriebe hat in allen betrachteten Ländern große Fortschritte gemacht (EBRD, 2004a, S. 6). Die einst durch staatliche Abgrenzung gewährleisteten Monopolstellungen gingen verloren. Aufgrund fallender Produzentenpreise und steigender Faktorpreise sahen sich die Unternehmen einem neuen Preisvektor gegenüber. Um konkurrenzfähig zu werden und somit das Überleben zu sichern, reagierten die meisten Betriebe auf diesen „Schock“ insbesondere mit der Entlassung von ehemals gehorteten Arbeitskräften³ (WENZEL und TREIER, 1999, S. 53, 55 und 60). Davon besonders betroffen unter den Ländern Südosteuropas mit Arbeitslosenraten von bis zu 40 Prozent waren und sind die SEE-4 (siehe Kapitel 3).

Um Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen ist ein kräftiges und nachhaltiges Wirtschaftswachstum unabdingbar. Ein Weg, bestehende Defizite des lokalen Marktes zu kompensieren und den Transformationsprozess zu beschleunigen, muss gefunden werden. Dem privaten Sektor kommt bei dieser Entwicklung eine führende Rolle zu, doch sind die Kapitalmärkte meist unterentwickelt. Der Bedarf an Kapital für größere Investitionsvorhaben wird nicht gedeckt und benötigte Devisen für die Anschaffung von im Inland nicht erhältlichen Investitionsgütern sind nicht vorhanden. Spätestens der Monterrey Consensus⁴ vom März 2002 bestätigte hierbei die Bedeutung ausländischer Direktinvestitionen⁵ als wichtigste Form ausländischer Investitionen. Diese können, ein bestimmtes Basisniveau und eine investitionsfreundliche Politik vorausgesetzt, „zur Hebung des Technologie- und Qualifikationsniveaus, zur stärkeren Teilnahme am Weltmarkt, zur Schaffung eines wettbewerbsfähigeren Wirtschaftsumfelds sowie zu einer verstärkten Unternehmensentwicklung“ (OECD, 2002, S. 3) führen. In einer Befragung der Weltbank, an der über 26 Tausend Unternehmen aus 53 Ländern teilnahmen, wurde untersucht, in welcher Weise einzelne Kriterien das Investitionsklima eines Landes beeinträchtigen und somit dringend benötigte Kapitalzuflüsse verhindern. Wie die Untersuchung ergab, sind die bedeutendsten Hindernisse für die Attraktivität eines Investitionsstandortes politische und wirtschaftliche Instabilität, gefolgt von hoher Steuerbelastung und Korruption, sowie hohe Kosten und mangelnder Zugang zu Kapital. Transportmöglichkeiten, Möglichkeiten des Landerwerbs sowie die Telekommunikationsinfrastruktur

³ Während des Kommunismus war ein Recht auf Arbeit konstitutionell verankert. Dies führte teilweise dazu, dass die Kosten eines Arbeitsplatzes höher waren als dessen Wertschöpfung.

⁴ Ergebnisbericht der UN über die „International Conference on Financing for Development“ in Monterrey (Mexiko), 18. bis 22. März 2002.

⁵ Im Folgenden bezeichnet als FDI (Foreign Direkt Investment).

spielen im Katalog der bedeutendsten Punkte eine untergeordnete Rolle (WORLD BANK, 2004, S. 5). Anhand der Betrachtung der fünf bedeutendsten Kriterien wird in dieser Arbeit ein Blick auf die Fortschritte des Transformationsprozesses in den SEE-4 aus Sicht der Unternehmen geworfen.

Hierbei wird in Kapitel zwei als wichtigstes Kriterium zunächst auf die politische Stabilität in den betrachteten Ländern eingegangen, bevor in Kapitel drei die makroökonomische Entwicklung der letzten Dekade aufgezeigt wird. Die Steuersysteme und speziell die Kapitalsteuersätze werden in Kapitel vier verglichen. Hierbei soll zudem ein Blick auf die Ausgabenseite des Staates geworfen werden. Anschließend sollen unter dem Begriff Rechtssicherheit und Transparenz für die SEE-4 Probleme wie die Korruption und der informelle Sektor aufgegriffen und das Geschäftsklima vergleichend dargestellt werden. Nach einer Betrachtung der Kapitalmärkte in Kapitel sechs wird in Kapitel sieben ein Resümee gezogen und ein Ausblick gewagt.

2 Politische Stabilität

Auf Grundlage der für die Länder des westlichen Balkans maßgeschneiderten Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) sollen vertragliche Beziehungen zur EU vorbereitet werden. Das angestrebte Ziel ist die Schaffung einer politisch und wirtschaftlich stabilen Region, um unter anderem militärische Konflikte wie in den vergangenen Jahren in Zukunft zu verhindern. Daneben sollen autonome Handelsmaßnahmen und substantielle Finanzhilfen mit Hilfe des CARDS-Programms den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP) vorantreiben (KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT, 2004a, S. 6f.).

Albanien wird in diesem Zusammenhang eine zunehmend konstruktive Rolle in Bezug auf regionale Zusammenarbeit und eine stabile wirtschaftliche Lage attestiert. Die Einbindung Albaniens in die internationale Gemeinschaft sowie die wirtschaftliche und politische Annäherung der Westbalkanstaaten untereinander machten eine fortschreitende Konsolidierung der demokratischen Kultur des Landes nötig. Doch werden häufig kurzfristige politische Interessen den mittel- und langfristigen Zielen des Landes übergeordnet. Der Wille zur Abhaltung von Wahlen nach internationalem Standard ist vorhanden und ein neues Wahlgesetz wurde verabschiedet. Dies reichte bis jetzt jedoch nur bedingt aus, um das Vorhaben freier und fairer Wahlen auch in die Tat umzusetzen. Bei den Parlamentswahlen im Juli 2005 kam es, trotz signifikanter Verbesserungen im Vergleich zu den Kommunalwahlen 2003, gerade bei der Auszählung der Stimmen erneut zu erheblichen Problemen (OSCE, 2005, S.1). Wie sich der politische Wechsel auf die Stabilität des Landes insgesamt auswirkt, bleibt abzu-

warten.⁶ Das albanische Parlament nimmt eine immer bedeutendere Rolle im politischen Leben ein und ist mittlerweile das wichtigste Forum für politische Debatten. Die Arbeit der Volksversammlung wurde in den vergangenen Jahren zwar immer wieder durch Boykotts der Opposition blockiert, doch wurden im Gegensatz zu vergangenen Legislaturperioden im Jahr 2004 mehr wichtige Themen, wie beispielsweise die Wahlrechtsreform oder das Eigentumsrecht, erörtert und geprüft. Erhebliches Verbesserungspotential besteht noch bei den parlamentarischen Ausschüssen, insbesondere bei den Untersuchungsausschüssen. Bei der Funktionsweise der Justiz und der Reform der öffentlichen Verwaltung zeichnen sich Fortschritte ab. Es müssen jedoch erhebliche Anstrengungen, Entschlossenheit und politischer Wille an den Tag gelegt werden, um eine stringente Rechtsdurchsetzung nach internationalem Standard zu gewährleisten und die öffentliche Verwaltung modern, unabhängig und effizient zu gestalten. Zudem wird die politische Stabilität durch ein erhebliches Maß an Korruption (siehe Kapitel 4), gerade auch der Justiz, sowie organisierter Kriminalität gefährdet (KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT, 2004b, S. 4f.).

Bosnien und Herzegowina hat nach wie vor mit politischen und institutionellen Problemen zu kämpfen. Das Land weist erhebliche Strukturdefizite auf und ist noch nicht in der Lage eine selbsttragende politische Ordnung zu gewährleisten. Die Situation könnte durch „eine Verstärkung der Befugnisse und Kapazitäten der Zentralregierung und die Einführung einer angemessenen Zuständigkeitsverteilung zwischen Staat und Gebietseinheiten“ (KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT, 2004a, S. 13) verbessert werden. Es sind Fortschritte hinsichtlich wichtiger Punkte zu erkennen, wie beispielsweise der Abbau der Streitkräfte oder die angehende Umsetzung der „Volksgruppen-Entscheidung“, welche als Wendepunkt in der nationalen Politik angesehen wird. Doch wird der Reformprozess durch ethnische Spannungen beeinträchtigt. Fortschritte sind meist durch Druck von außen begründet. Im Bereich des Justizsystems sollten eingeleitete Reformen zum Abschluss gebracht werden, mit Schwerpunkt auf die Verbesserung der Funktionsfähigkeit von Staatsgerichtshof und Staatsanwaltschaft. Zudem benötigt das Verfassungsgericht ausreichende Mittelausstattung, um seine Funktion voll ausüben zu können. Trotz anhaltender Probleme werden dem Land Fortschritte im Rahmen des SAP attestiert. Die Grundprinzipien der Demokratie werden geachtet, was unter anderem die Wahlen 2002

⁶ Die Demokratische Partei (PD) unter Ministerpräsident Sali Berisha stellt nach acht Jahren erstmals wieder die Mehrheit im Albanischen Parlament und löst somit die Sozialistische Partei (PS) als Regierungspartei ab.

bestätigt haben. Doch sollten gerade die Bemühungen zur Wahrung der Menschenrechte forciert werden (KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT, 2003, S. 1f und 14).

Seit dem 01. April 2004 ist das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Mazedonien (MKD) in Kraft, was einen weiteren Schritt hin zur Integration in europäische Strukturen darstellt (EUROPEAN COMMISSION, 2004, S. 66). Es ist die Bemühung erkennbar, Regierungsmaßnahmen auf Grundlage dieses Abkommens zu beschließen, welches von allen politischen Parteien des Landes unterstützt wird und dadurch zu weiterer politischer, ökonomischer und institutioneller Stabilisierung führen wird. Die politische Lage wird als allgemein stabil eingestuft, was nicht zuletzt auf die militärische Operation „Concordia“ unter Leitung der EU und „Proxima“, eine neue Polizeimission, zurückzuführen ist. Doch sind kontinuierliche Bemühungen seitens der Regierung zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und ein alle Bevölkerungsgruppen umfassendes Engagement und Verantwortungsbewusstsein vonnöten, um diese Stabilität zu konsolidieren. Zudem muss der anstehende Dezentralisierungsprozess rasch und mit verstärkten Kräften angegangen werden (KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT, 2004c, S. 3).

Bezüglich des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses in Serbien und Montenegro zeichnet sich ein eher durchwachsenes Bild ab. Eine Verfassungscharta wurde angenommen, doch herrscht Uneinigkeit über die Auslegung und Umsetzung der Bestimmungen, was auf das Fehlen eines Konsenses bezüglich der Zukunft der Staatsunion zurückzuführen ist. Es scheint jedoch Bewegung in die Verhandlungen über die Zukunft der früheren serbischen Provinz Kosovo zu kommen. In Belgrad wurde offenbar eine einheitliche Linie gefunden, und Bereitschaft für einen politischen Dialog mit Pristina signalisiert (SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, 2005a, S. 7). Parteipolitische Streitigkeiten führten in den letzten Jahren zu einer Verlangsamung des Reformtempos und zu einer Schwächung gemeinsamer Institutionen und Politikbereiche, was die Entwicklung der Beziehungen des Landes zur EU beeinträchtigt. Nach der Ermordung des serbischen Ministerpräsidenten Zoran Djindjic, der als Anführer der Opposition gegen Slobodan Milosević galt, und des darauf folgenden Ausnahmezustandes, leistete die serbische Regierung große Hilfe bei der Bekämpfung der daraus erwachsenen organisierten Kriminalität. Dabei kam es jedoch zu einer erheblichen Missachtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit. Politische Reformen in den Bereichen Streitkräfte, Minderheitenrechte und regionale Kooperation haben Wirkung gezeigt, während die Reformgeschwindigkeit in den Bereichen Polizei und Justiz hinter den Erwartungen zurückbleibt (KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT, 2004d, S. 1f). Trotz des erheblichen Reformbe-

darfs stellte die Europäische Kommission im April 2004 Verhandlungen über ein SAA in Aussicht. Voraussetzung hierfür ist vor allem eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Internationalen Gerichtshof. Eine weitere Annäherung an die EU wird ohne die Auslieferung bekannter Kriegsverbrecher, wie Ratko Mladic oder Radovan Karadzic, nicht möglich sein (SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, 2005b, S. 6).

Die größte Herausforderung in der Region ist nach wie vor die Etablierung funktionsfähiger demokratischer Regierungssysteme. Immer noch stören politische Konflikte die Funktionsweise der Regierungsinstitutionen, was zu schleppenden Gesetzgebungsprozessen führt. Grund hierfür ist die fehlende Akzeptanz konstitutioneller Regelungen gepaart mit Misstrauen gegenüber oppositionellen Parteien. Zudem ist die Zivilgesellschaft als essentielles Instrument demokratischer Gesellschaften zur Artikulierung der Interessen der Bürger unterentwickelt. Das Vertrauen zwischen Reformern, Politikern und Wählern muss völlig neu aufgebaut werden. Dennoch verbesserte sich in einigen Ländern die Leistungsfähigkeit der Parlamente, obwohl es nach wie vor an qualifiziertem Verwaltungspersonal sowie technischen Ressourcen mangelt. Gleiches gilt für die Justizsysteme. Es herrscht ein enormer Rückstand bei der Aufarbeitung anhängiger Fälle. Die Schulung von Justizpersonal muss überwiegend durch externe Geber finanziert werden. Die öffentliche Verwaltung in der Region ist auf allen Ebenen weiterhin schlecht entwickelt. Zur Schaffung eines professionellen und unabhängigen öffentlichen Dienstes in den Ländern ist die Formulierung adäquater Rechtsrahmen und Verfahren notwendig.

Trotz des Beitritts aller westlichen Balkanländer zur GRECO-Gruppe⁷ bleibt Korruption ein ernstes und weitverbreitetes Problem in der Region (siehe Kapitel 5). Die Effizienz geschaffener Stellen zur Korruptionsbekämpfung leidet unter unzureichender Mittelausstattung und unter einer teilweise unklaren und unrealistischen Zielformulierung. Strategien werden überdies nicht mit der nötigen Entschlossenheit durchgesetzt. Die Wahrung von durch die Verfassung garantierten Menschen- und Minderheitsrechten muss verbessert werden. Probleme bezüglich Gewaltakten durch Polizeiangehörige, den Bedingungen in den Gefängnissen oder der unzureichend gewährleisteten Gleichstellung der Geschlechter könnten mit zusätzlicher finanzieller Mittelausstattung von Institutionen zur Wahrung dieser Rechte und einer besseren Koordinierung verschiedener Regierungsebenen gemindert werden. Die Schaffung angemessener wirtschaftlicher und sozialer Bedingungen für Flüchtlinge und Binnenflüchtlinge muss vorangetrieben und ihre Rechte müssen gewahrt werden. Der Etablierung

⁷ Gruppe der Staaten gegen Korruption.

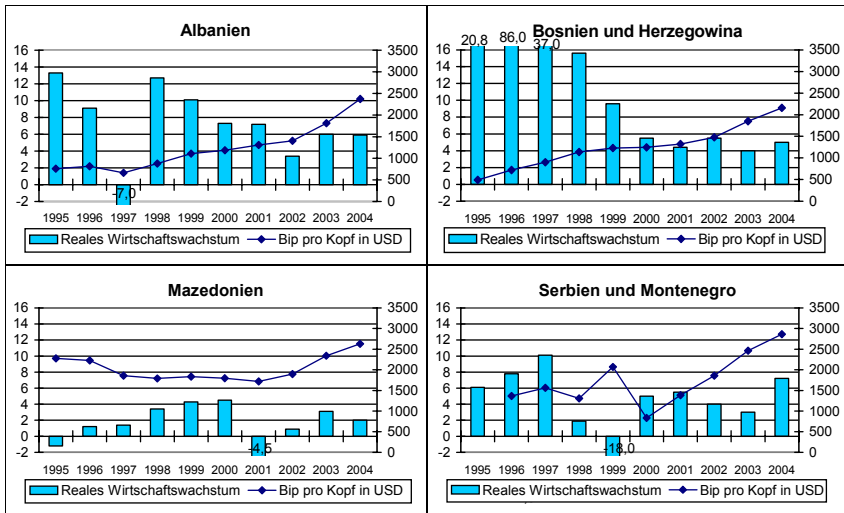
freier, unabhängiger und professioneller Medien kommt eine Schlüsselfunktion bei der Schaffung funktionierender Demokratien zu. EU-konforme Medienvorschriften wurden erlassen und teilweise angewandt. Jedoch bestehen nach wie vor Defizite bei der Gewährleistung freien Informationszugangs und der gerechten Zuteilung von Sendefrequenzen sowie bei der Schaffung unabhängiger Medien und Regulierungsbehörden. In den meisten Ländern der Region ist politische Einflussnahme mittels finanziellen und budgetären Drucks an der Tagesordnung (KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT, 2004a, S. 13 bis 17).

Zusammenfassend ist festzustellen, dass in vielen Bereichen erhebliche Anstrengungen vonnöten sind, um ein nachhaltig stabiles politisches Klima zu generieren, den Transformationsprozess zu beschleunigen und dadurch die Position der Region im internationalen Wettbewerb um FDI zu stärken.

3 Makroökonomische Entwicklung

Makroökonomische Stabilität stellt eine Grundvoraussetzung für erfolgreiche mikroökonomische Politik, und somit für Wachstum dar, und ist folglich neben der politischen Stabilität eine der ersten Hürden, die es zu überwinden gilt (WORLD BANK, 2004, S. 80).

Abbildung 1: Reales Wirtschaftswachstum und BIP pro Kopf (1998–2004)⁸



Quelle: Eigene Darstellung nach EBRD (2003), S. 111, 127, 147 und 191 und EBRD (2005), S. 25, 33, 43 und 65.

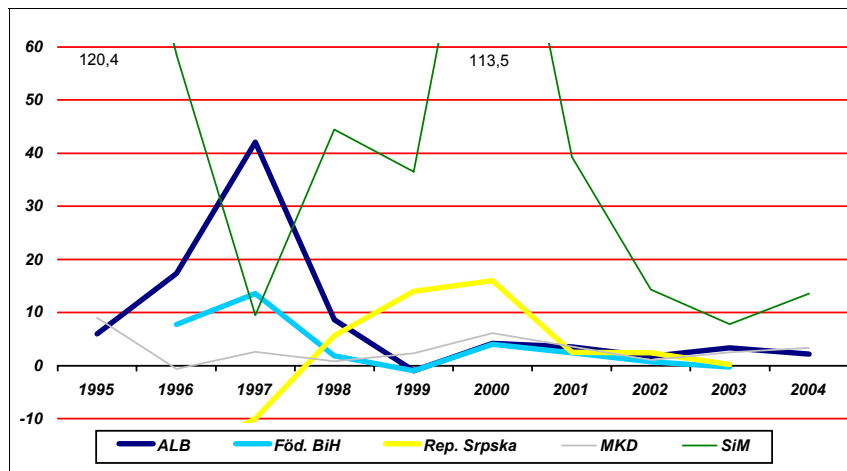
Wie Abbildung 1 zeigt, verbuchte in den Jahren 1995 bis 1998 Bosnien und Herzegovina, 1999 bis 2001 und 2003 bis 2004 Albanien die höchsten Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes der SEE-4. Weniger vielversprechend verlief die Entwicklung in Mazedonien, das gegen den Trend in den letzten Jahren mit niedrigem Wachstum zu kämpfen hatte und 2001 sogar ein im Vergleich zum Vorjahr um 4,5 Prozent verringertes BIP aufwies. In den anderen Ländern stabilisierten sich die Zahlen seit 2000 auf Werte zwischen drei und sieben Prozent. Der Rückgang in Bosnien und Herzegovina um 1,5 Prozentpunkte auf 4 Prozent im Jahr 2003 ist in erster Linie auf zwei Faktoren zurückzuführen. Zum einen litt der Agrarsektor unter einer Dürreperiode, zum anderen nahmen ausländische Hilfszahlungen weiter ab. Ob nach dem Zuwachs um einen Prozentpunkt 2004 die Trendwende geschafft ist, bleibt abzuwarten. Nach einem

⁸ Die Daten für 2004 beruhen auf Schätzungen der EBRD.

stetigen Anstieg des BIP pro Kopf in Bosnien und Herzegowina und Albanien, schafften die beiden Länder 2004 erstmals den Sprung über die Marke eines BIP pro Kopf von 2.000 USD.

Seit dem Minuswachstum von 4,5 Prozent 2001, verbuchte Mazedonien stets unterdurchschnittliches Wachstum. Aufgrund vorübergehender Schließungen großer Betriebe, wie beispielsweise dem Stahlerzeuger Balkan Steel, sank die industrielle Produktion dramatisch. Eine Verbesserung der Situation in nächster Zeit ist nicht abzusehen. Dennoch stieg das BIP pro Kopf im Jahr 2004 um 290 USD und erreichte einen Wert von 2.631 USD. Den größten Einbruch des Wirtschaftswachstums (-18 Prozent) erlebte Serbien und Montenegro aufgrund des Kosovokrieges 1999. Im Jahr 2004 wurde nach 2003, dem Jahr mit dem geringsten Wachstum nach der Krise, ein Anstieg um 4,2 Prozentpunkte auf 7,2 Prozent geschafft. Hauptverantwortlich hierfür war das starke Wachstum im Agrarsektor (ca. 10 Prozent), der etwa ein Viertel des BIP erwirtschaftet. Das BIP pro Kopf stieg 2004 um rund 400 USD und erreichte mit 2.864 USD den höchsten Wert im Vergleich der SEE-4 (EBRD, 2003, S. 111, 127, 147 und 191, EBRD, 2004a, S. 91, 107, 127 und 171, EBRD, 2005, S. 25, 33, 43 und 65).

In allen betrachteten Ländern existiert ein erheblicher informeller Sektor, was eine nachhaltige Entwicklung des privaten und öffentlichen Sektors maßgeblich beeinträchtigt. Eine genauere Betrachtung hierzu wird in Kapitel 5 vorgenommen.

Abbildung 2: Jährliche Inflationsraten (1998-2004)⁹

Quelle: Eigene Darstellung nach EBRD (2003), S. 111, 127, 147 und 191 und EBRD (2005), S. 25, 33, 43 und 65.

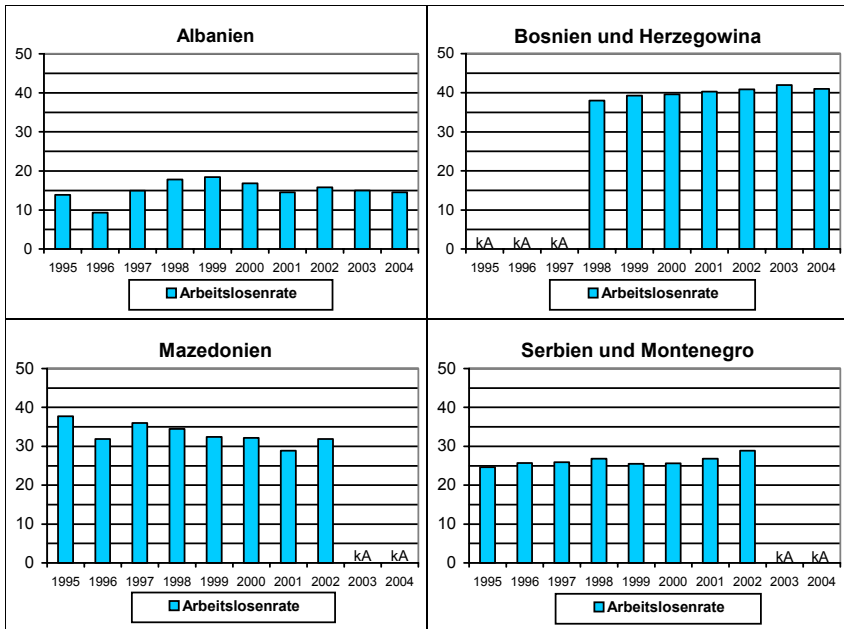
Inflationsraten auf stabil niedrigem Niveau dienen der Aufrechterhaltung makroökonomischer Stabilität, und sind Grundvoraussetzung für Spar- und Investitionsmöglichkeiten (WIRTSCHAFTSMINISTERIUM ALBANIEN, 2004, S. 23). Wie in Abbildung 2 zu erkennen ist, stabilisierten sich seit 2001 die Inflationsraten der SEE-4 auf niedrigem Niveau. Die einzige Ausnahme bildet Serbien und Montenegro. Mit 13,6 Prozent Preissteigerung 2004 weist das Land den vergleichsweise höchsten Wert auf. Dies ist vor allem auf den gestiegenen Ölpreis und stark gestiegene Löhne zurückzuführen. Albanien lag seit 2001 mit Inflationsraten zwischen 1,7 und 3,5 Prozent stets in der von der Zentralbank vorgegebenen Spanne von zwei bis vier Prozent. In den beiden anderen Ländern wurden in diesem Zeitraum 3,6 Prozent Inflation nicht überschritten (EBRD, 2003, S. 111, 127, 147 und 191, EBRD, 2004a, S. 171, EBRD, 2005, S. 25, 33, 43 und 65). Die positive Entwicklung in diesem Bereich ist bei allen Westbalkanstaaten auf die Anbindung ihrer Währung an eine Fremdwährung zurückzuführen. In Mazedonien sowie Serbien und Montenegro geschieht dies über eine managed float-Politik¹⁰, während Bosnien und Herzegowina seine

⁹ Die Daten für 2004 beruhen auf Schätzungen der EBRD.

¹⁰ Auch schmutziges Floating genannt, da eine Beeinflussung der Wechselkursbewegung durch Devisenmarktinterventionen stattfindet.

Konvertible Mark über ein Currency Board¹¹ an den Euro bindet. Albanien ist das einzige Land des Westbalkans mit dem Dollar als Bezugswährung (VINCENTZ und KNOGLER, 2004, S. 7).

Abbildung 3: Arbeitslosenrate (1998-2004)¹²



Quelle: Eigene Darstellung nach EBRD (2003), S. 111, 127, 147 und 191 und EBRD (2005), S. 25, 33, 43 und 65.

Wie in Abbildung 3 aufgezeigt, ist die offizielle Arbeitslosenrate mit 14,5 Prozent lediglich in Albanien auf einem akzeptablen Niveau. Mazedonien sowie Serbien und Montenegro haben mit Raten von um die 30 Prozent, Bosnien und Herzegowina sogar von über 40 Prozent zu kämpfen (EBRD, 2003, S. 111, 127, 147 und 191, EBRD, 2005, S. 25, 33, 43 und 65). Inwiefern diese Zahlen die Realität widerspiegeln ist fraglich. Einerseits ist nicht davon auszugehen, dass alle Arbeitslosen gemeldet sind, andererseits dürften aufgrund der erheblichen Schattenwirtschaft in den Ländern die tatsächlichen Zahlen teils deutlich unter den oben angegebenen liegen (VINCENTZ und KNOGLER, 2004, S. 7). Festzuhalten bleibt, dass es mit Ausnahme Albaniens nicht gelungen ist, für beim Über-

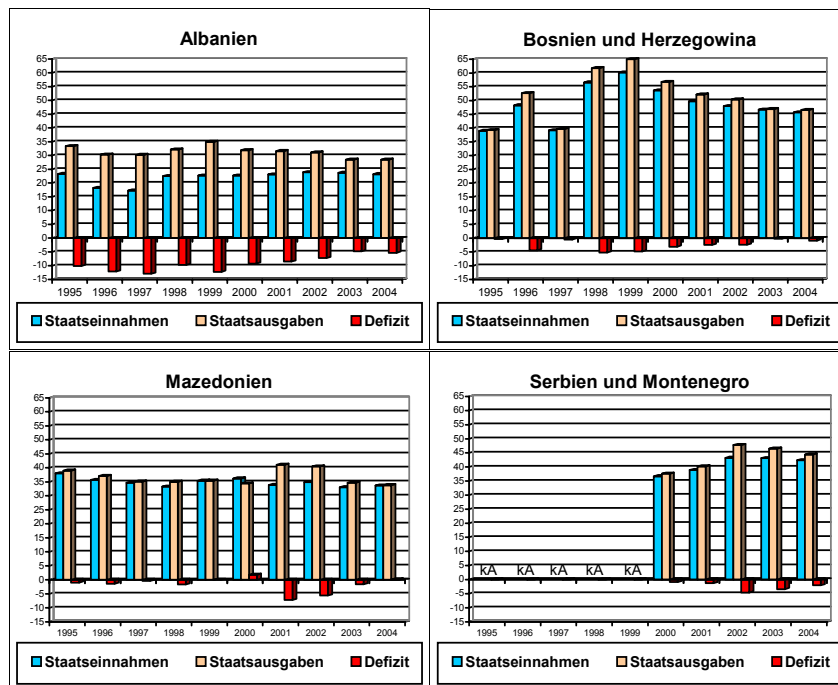
¹¹ Regelgebundene Geldordnung, bei der der Hauptteil der inländischen Geldbasis durch internationale Währungsreserven oder Gold gedeckt ist.

¹² Die Daten für 2004 beruhen auf Schätzungen der EBRD.

gang zur freien Marktwirtschaft freigesetzte Arbeitskräfte geregelte Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen.

Neben einem hohen Maß an Armut kann dies auch zu sinkender Akzeptanz gegenüber dem mit der Transformation verbundenen Privatisierungsprozess führen.

Abbildung 4: Budgetbilanz (1998-2004)¹³



Quelle: Eigene Darstellung nach EBRD (2003), S. 111, 127, 147 und 191 und EBRD (2005), S. 25, 33, 43 und 65.

Das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts, beziehungsweise Überschüsse zu erwirtschaften, konnte, wie aus Abbildung 4 ersichtlich wird, nur Mazedonien in den Jahren 1999, 2000 und 2004 erreichen.

Nach einem stetigen Rückgang in Albanien seit 1999 auf ein Defizit von 4,8 Prozent 2003, stieg dieses 2004 auf den im Ländervergleich höchsten Wert von etwa 5,3 Prozent. Verantwortlich hierfür sind nicht zu hohe staatliche Ausgaben, sondern zu niedrige Einnahmen von konstanten Werten um 23 Prozent des BIP seit 1998. Albanien setzt zur Verbesserung der Einnahmensituation einerseits

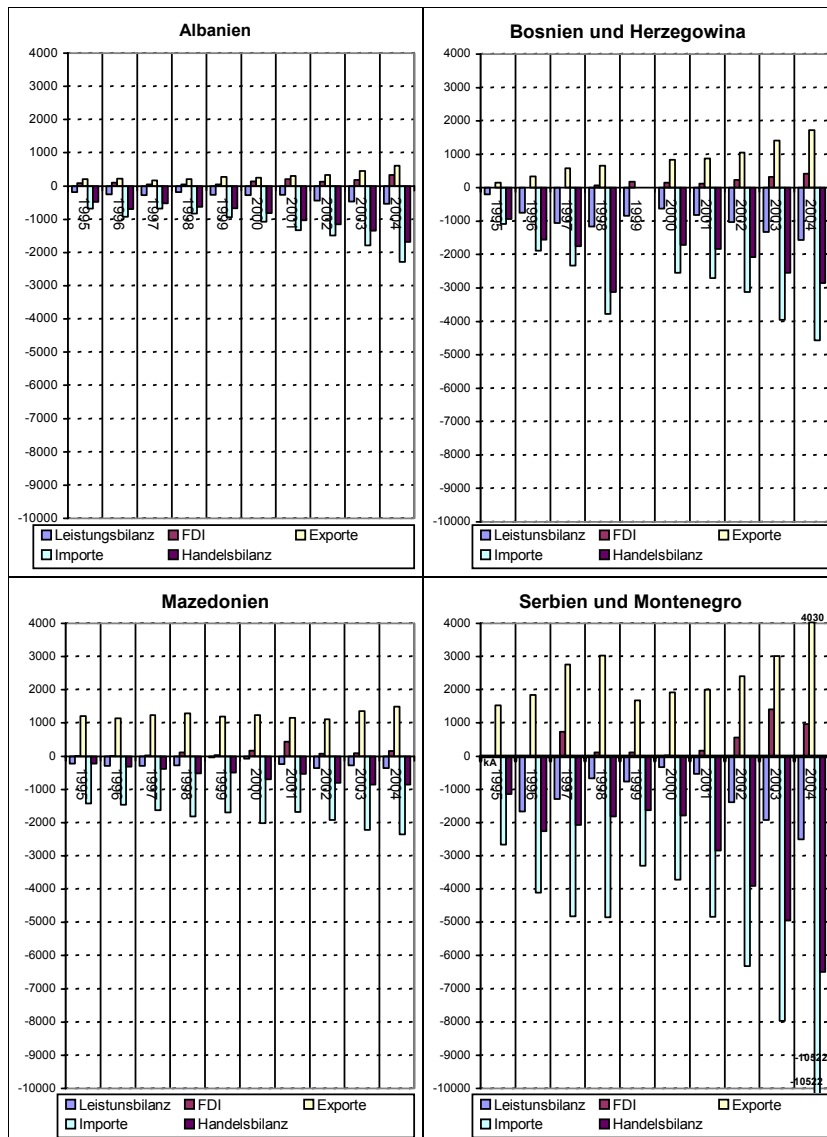
¹³ Angaben in Prozent des BIP. Die Daten für 2004 beruhen auf Schätzungen der EBRD.

auf eine mittelfristige Erweiterung der Steuerbemessungsgrundlage, und andererseits auf eine Stärkung der Steuerverwaltung, Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Korruption, sowie ein verbessertes Mehrwertsteuersystem (KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT, 2004a, S. 21).

In Bosnien und Herzegowina haben eingeleitete Reformen in der Fiskalpolitik auf der Einnahmen- und der Ausgabenseite dazu geführt, dass das Land seit 2001 Defizite unter dem Maastricht-Kriterium von drei Prozent aufweisen kann. Eine genauere ökonomische Analyse der Bedeutung und Einhaltung der Maastricht-Kriterien findet sich bei WENZEL, LACKENBAUER und BRÖSAMLE (2004) und soll daher hier nicht vorgenommen werden. Eine strikte Kontrolle der Ausgaben führte dazu, dass diese seit 1999 von 65 auf 46,6 Prozent des BIP 2004 gesunken sind. Mazedonien hat, wie oben erwähnt, die Konsolidierung des Haushalts weiter vorangetrieben. 2004 konnte sogar ein Überschuss von 0,1 Prozent erwirtschaftet werden. Von 2002 auf 2004 sanken die Ausgaben von 40,5 auf 33,8 Prozent des BIP.

In Serbien und Montenegro sank das Budgetdefizit 2004, nach einem kräftigen Anstieg 2002, auf 2 Prozent 2004. Die öffentlichen Ausgaben sind mit annähernd knapp 45 Prozent des BIP nach wie vor zu hoch. Eine weitere Konsolidierung des Haushalts ist von Nöten (EBRD, 2003, S. 111, 127, 147 und 191, EBRD, 2005, S. 25, 33, 43 und 65).

Angaben über die exakte öffentliche Verschuldung der Länder liegen bis auf Albanien (55,3 Prozent 2004) nicht vor. Grund hierfür sind Zahlungsrückstände der betreffenden Länder. Am gravierendsten wird die Lage in Bosnien und Herzegowina eingeschätzt, wo sich die Gesamtschuld (inklusive Forderungen und Rückstände) auf rund 100 Prozent beläuft (VINCENTZ und KNOGLER, 2004, S. 9).

Abbildung 5: Leistungsbilanz und Handelsbilanz in Mio. USD (1998-2004¹⁴)

Quelle: Eigene Darstellung nach EBRD (2003), S. 111, 127, 147 und 191 und EBRD (2005), S. 25, 33, 43 und 65.

¹⁴ Die Daten für 2004 beruhen auf Schätzungen der EBRD. Die Daten für BiH 1999 sind widersprüchlich.

Das Leistungsbilanzdefizit in Albanien nahm im Jahr 2004 nach dem Höhepunkt 1997 wieder auf 7 Prozent des BIP ab. Sowohl für FDI mit 326 Mio. USD, als auch für die Exporte mit 608 Mio. USD wurde für 2004 ein deutlicher Zuwachs erzielt, wie Abbildung 5 zu entnehmen ist, doch herrscht nach wie vor eine Abhängigkeit von privaten Transfers aus dem Ausland, welche etwa 12,5 Prozent des BIP ausmachen. Diese Zahlungen im Ausland lebender albanischer Bürger betragen traditionell ein Vielfaches der offiziellen Transfers oder FDI (IMF, 2005, S. 29). Das Handelsbilanzdefizit vergrößerte sich im Betrachtungszeitraum um 1,2 Mrd. USD auf annähernd 1,7 Mrd. USD im Jahr 2004. Die externe Verschuldung lag im selben Jahr bei 1,54 Mrd. USD, was 20,3 Prozent des BIP entspricht. Aufgrund steigender prognostizierter Exporte wird davon ausgegangen, ein annehmbares Maß externer Verschuldung halten zu können.

Bosnien und Herzegowina weist mit einem Leistungsbilanzdefizit von 19,1 Prozent des BIP 2004 den mit Abstand höchsten Wert auf. Die FDI-Zuflüsse stiegen seit 2001 kontinuierlich um jährlich 100 Mio. USD, auf 420 Mio. USD im Jahr 2004, doch nahmen Kapitalzuflüsse für Wiederaufbauprojekte ab. Offizielle Transfers und Überweisungen verhindern weiterhin noch höhere Defizite, auch wenn die Unterstützungen von offizieller Seite stetig abnehmen. Die Importe überstiegen 2004 die Exporte um rund 2,9 Mrd. USD. Die Auslandsverschuldung lag bei 30,5 Prozent und konnte somit seit 1999 mehr als halbiert werden.

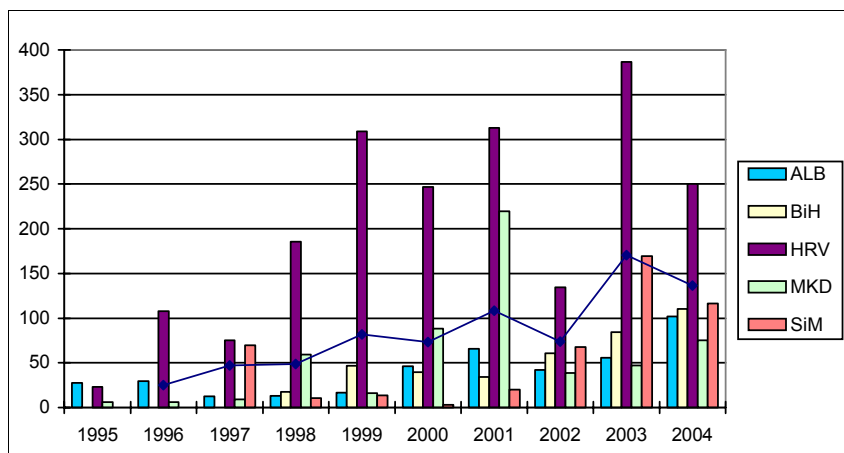
Auch Mazedonien hat mit Defiziten in der Leistungs- und Handelsbilanz zu kämpfen. Die Exporte konnten nach der Krise 2001 keine substantiellen Zuwächse verbuchen. Auch FDI verbleiben auf sehr niedrigem Niveau, was auf die geringe Marktgröße und die von Investoren wahrgenommenen Risiken zurückzuführen ist. Wie in den meisten Westbalkanländern verhindern auch in Mazedonien Transfers und Überweisungen noch höhere Defizite. Die Auslandsverschuldung konnte in den vergangenen beiden Jahren unter 40 Prozent des BIP gedrückt werden.

Serbien und Montenegro hat hinter Bosnien und Herzegowina mit über 10 Prozent des BIP das zweithöchste Leistungsbilanzdefizit. Dieses wird nach wie vor durch Transfers und FDI gedeckt. Aufgrund großer ausländischer Transaktionen im Tabak- und Ölsektor erreichte das FDI-Volumen 2003 fast 1,4 Mrd. USD. Im Folgejahr sank dieser Wert jedoch wieder unter die Milliardengrenze. Die Importe überstiegen die Exporte um etwa 6,5 Mrd. USD. Dies ist vor allem auf strukturelle Defizite und den erheblichen Wettbewerbsdruck auf inländische Exporteure zurückzuführen. Die Auslandsverschuldung in Prozent des BIP sank dank des Schuldenerlasses des Pariser Clubs deutlich von 164 Prozent 2000 auf 56,8 Prozent des BIP 2004.

Alle betrachteten Länder verfügen über ausreichende Währungsreserven, und können ihre Importe um mehr als vier Monate decken (EBRD, 2003, S. 111, 127, 147 und 191, EBRD, 2004a, S. 91, 107, 127 und 171, EBRD, 2005, S. 25, 33, 43 und 65).

Aufgrund der in Kapitel 1 beschriebenen Notwendigkeit von FDI-Zuflüssen in die Westbalkanstaaten wird in Abbildung 6 diese Determinante in Relation zur Bevölkerungszahl der jeweiligen Länder gestellt. Die Aufnahme Kroatiens (HRV) in die Betrachtung lässt erkennen, welch großen Pro-Kopf-Anteil das Land im Wettbewerb der Westbalkanstaaten um ausländische Direktinvestitionen auf sich verbuchen kann.

Abbildung 6: FDI pro Kopf (1998-2004)¹⁵



Quelle: Eigene Darstellung nach EBRD (2003), S. 111, 127, 147 und 191 und EBRD (2005), S. 25, 33, 43 und 65.

So ließen sich in Kroatien mit Ausnahme von 1995 in der letzten Dekade stets die höchsten Pro-Kopf-Investitionen erkennen. Unter den SEE-4 hingegen konnte speziell Serbien und Montenegro seit 2001 zunehmend das Interesse ausländischer Investoren für sich gewinnen. Nach vielversprechenden Zahlen 2000 und vor allem 2001 in Mazedonien, rangiert das Land aufgrund der angesprochenen Probleme seit 2002 stets auf dem letzten Platz. Albanien sowie Bosnien und Herzegowina konnten 2004 den höchsten Wert im Vergleichszeitraum verbuchen. Insgesamt ist in diesem Vergleich eine Annäherung der Werte zu erkennen, was auf ein zunehmend ausgeglichenes Investitionsklima in den

¹⁵ Die Daten für 2004 beruhen auf Schätzungen der EBRD.

Westbalkanländern zurückgeführt werden kann (EBRD, 2003, S. 111, 127, 147 und 191, EBRD, 2005, S. 25, 33, 43 und 65).

Zusammenfassend kann kein einheitlich positives Bild der Entwicklung der makroökonomischen Rahmenbedingungen in der Region gezeichnet werden. Zum einen gibt es erhebliche Unterschiede im Ländervergleich. Zum anderen besteht bei einigen Punkten dringender Handlungsbedarf. Das Problem der teilweise extrem hohen Arbeitslosigkeit kann nicht allein auf mangelndes Wirtschaftswachstum zurückgeführt werden. Letzteres ist, mit Ausnahme Mazedoniens, in den Westbalkanstaaten auf akzeptablem Niveau. Aufgabe der Politik muss es sein, Wirtschaftsaktivitäten in den formellen Sektor zu transferieren. Nur dadurch kann man verlässliche Zahlen über das tatsächliche Niveau an Arbeitslosigkeit erhalten. Zudem würde dies zu einer Erhöhung der Anzahl steuerpflichtiger Betriebe und Arbeitnehmern und somit, zusammen mit einer Erweiterung der Bemessungsgrundlage, zu einer Reduzierung der Budgetdefizite führen. Entgegen dem Trend weist Serbien und Montenegro bis heute hohe Inflationsraten auf. Auch muss vor allem in Serbien und Montenegro sowie in Bosnien und Herzegowina ein Weg gefunden werden, die Defizite in der Leistungsbilanz zu reduzieren. Positiv zu bewerten ist das stetig steigende BIP pro Kopf in der Region, doch erfordert eine nachhaltige Reduzierung der Armut weiterhin erhebliche Anstrengungen der Länder, sowie langfristig angelegte internationale Unterstützung.

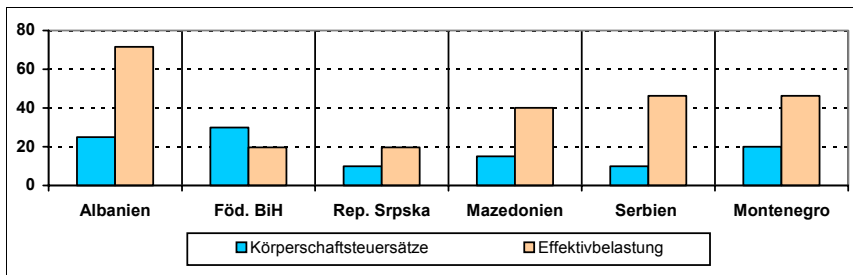
4 Steuersystem

Nahezu alle Steuereinnahmen zu Zeiten des Kommunismus entsprangen der Besteuerung des Unternehmenssektors. Aufgrund der monopolistischen Wettbewerbsstruktur existierte eine überschaubare Zahl an Steuerpflichtigen. Da die Verwendung des Outputs staatlich gesteuert wurde, wodurch dem Instrument der Besteuerung eine geringere Bedeutung zukam, wurden Steuersysteme und Steueradministrationen marktwirtschaftlicher Prägung in sozialistischen Ökonomien nicht benötigt. Die schrittweise Öffnung der Märkte ändert die Wettbewerbsstruktur grundlegend und initiierte einen fundamentalen Strukturwandel. Die Zahl der Steuerpflichtigen nimmt drastisch zu, wobei steigende Einnahmen aus der persönlichen Einkommensteuer die zu reduzierende Unternehmensbesteuerung kompensieren. Einige wenige, freundlich gesinnte Staatsbetriebe werden durch viele kleine, mit staatlichen Zwangsabgaben belegte Steuerzahler ersetzt. Auch werden in neuen ökonomischen Sektoren, wie beispielsweise den Finanzmärkten, Einkommen generiert, die nunmehr zu besteuern sind. Eine einfache Reformierung des bestehenden Steuersystems reicht aus diesen Gründen

nicht aus. Ein adäquates System mit sämtlichen Gesetzen, Institutionen und beteiligten Personen muss gänzlich neu geschaffen werden (TREIER und WENZEL, 1999, S. 56 bis 58).

Bei der Standortentscheidung multinationaler Unternehmen stellen die steuerlichen Vorschriften bei der Tätigkeit von FDI in den potentiellen Ländern ein wesentliches, kostenorientiertes Entscheidungsmotiv dar. So wird bei ansonsten ähnlichen Investitionsbedingungen der Standort mit der geringsten steuerlichen Belastung bevorzugt (EBENROTH, 1987, S. 184).

Abbildung 7: Steuerbelastung von Unternehmen (2005)¹⁶



Quelle: Eigene Darstellung nach SEEUROPE (2005), S. 25, 39, 87, 120 und 127; und WORLD BANK (2005), Internetseite.

Die Körperschaftsteuersätze in den SEE-4 liegen, wie Abbildung 7 zu entnehmen ist, zwischen 10 Prozent in Serbien sowie der Republik Srpska und 30 Prozent in der Föderation Bosnien und Herzegowina¹⁷ (SEEUROPE, 2005, S. 25, 39, 87, 120 und 127). Dies kann als ein Indiz dafür angesehen werden, dass die Länder der Region zunehmend den Wettbewerb um FDI annehmen. Vergleicht man jedoch die effektive Steuerbelastung¹⁸, mit der Unternehmen in den Ländern belastet werden, ergibt sich ein völlig anderes Bild. Diese ist lediglich in der Föderation Bosnien und Herzegowina sowie in der Republik Srpska unter 20 Prozent. In Mazedonien sowie Serbien und Montenegro liegt die Effektivbelastung bei über 40 Prozent, in Albanien sogar bei über 70 Prozent (WORLD BANK, 2005, Internetseite).

Bei der Analyse der Investitionsfreundlichkeit eines bestimmten Steuersystems kommt es neben Größen, die direkt die Belastung von Unternehmen bestimmen,

¹⁶ Der Körperschaftsteuersatz von 20 Prozent in Montenegro gilt für Umsätze über 100.000 Euro. Umsätze bis 100.000 Euro werden mit 15 Prozent besteuert.

¹⁷ Bosnien und Herzegowina setzt sich zusammen aus der Föderation Bosnien und Herzegowina sowie der Republik Srpska.

¹⁸ Tatsächliche jährliche Steuerbelastung mittelständischer Unternehmen in Prozent der Bruttoerlöse.

wie die Steuerrate, die Bemessungsgrundlage oder die Abzugsfähigkeit bestimmter Posten, auf eine Vielzahl anderer Faktoren an. Von Bedeutung sind beispielsweise auch verlässliche und präzise Steuergesetze sowie eine kompetente und funktionierende Steueradministration (HOLLAND und OWENS, 1997, S. 251f). Die Reform der öffentlichen Verwaltung kommt nur schleppend voran. Die Verwaltungskapazitäten in der Region generell und der Steueradministration im Speziellen sind auf zentraler wie auch auf untergeordneter Ebene unterentwickelt. Hauptprobleme sind der Mangel an Human- und Finanzressourcen sowie das Fehlen einer klaren Aufgabenverteilung. Zudem ist die Schaffung adäquater Rechtsrahmen und –verfahren essentiell für die Sicherstellung eines professionellen und unabhängigen öffentlichen Dienstes (KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT, 2004a, S. 15).

Steuerlichen Investitionsanreizen wird unterschiedliche Bedeutung beigemessen. Einerseits können wirtschaftspolitische Anreize (und Restriktionen) Investitionsentscheidungen maßgeblich beeinflussen, andererseits auch nur als ergänzende Maßnahme angesehen werden. Der positive Effekt auf die Attraktivität des Standortes ist jedoch eindeutig (JAHRREIB, 1984, S. 134). Eine besondere steuerliche Vergünstigung in Albanien erfahren Investitionen im Tourismussektor, der als zukünftiges Zugpferd der Wirtschaft angesehen wird. Diese sind für die ersten fünf Jahre von der Körperschaftsteuer befreit. Eine Reduzierung um 50 Prozent ist für die anschließenden fünf Jahre vorgesehen. Re-Investitionen werden prinzipiell mit nur 60 Prozent besteuert. Günstigere Konditionen werden zudem beim Leasen von Vermögenswerten von Staatsbetrieben angeboten. Bei Investitionstätigkeiten in Nord-Ost-Albanien werden weitere Vergünstigungen in Aussicht gestellt (SEEUROPE, 2004, S.27).

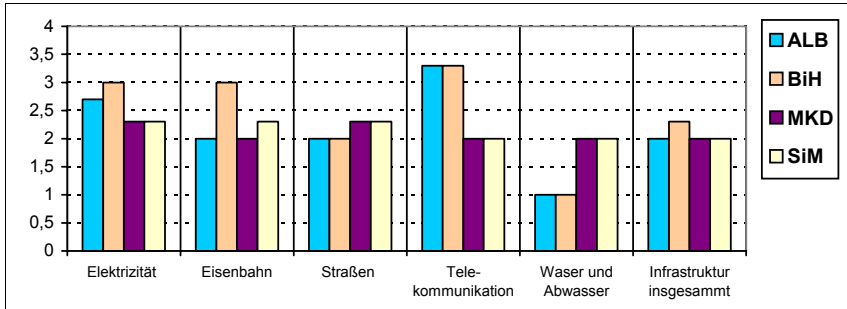
In der Föderation Bosnien reduziert sich prinzipiell die zu entrichtende Körperschaftsteuer prozentual zum Anteil des in heimische Betriebe investierten ausländischen Kapitals für einen Zeitraum von fünf Jahren. Gleiches gilt in Mazedonien für drei Jahre nach Tätigung der Investition. Voraussetzung in beiden Ländern ist eine Beteiligung ausländischer Unternehmen von mehr als 20 Prozent am Gesamtkapital. In Serbien ist eine beschleunigte Abschreibung mit zusätzlich bis zu 25 Prozent auf die normale Rate für Anlagevermögen bei Investitionen in den Umweltschutz, in die Computerausstattung, bei Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen der Belegschaft sowie bei Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten möglich. Bei Investitionen in das Anlagevermögen einer Unternehmung von über 600 Mio. CSD¹⁹ oder der Schaffung von mindestens 100 neuen Arbeitsplätzen durch eine Investition wird Steuerfreiheit

¹⁹ Ein Euro entspricht etwa 85 Serbischen Dinar (CSD).

für zehn Jahre garantiert. Einige weitere Regelungen versprechen zusätzliche Steuervergünstigungen. Unternehmen in Montenegro mit wirtschaftlichen Tätigkeiten in einer unterentwickelten Region sind für die ersten drei Jahre mit dem Gewinn aus diesen Tätigkeiten von der Steuer befreit. Investitionen in das Anlagevermögen werden zu 25 Prozent von der errechneten Steuerschuld abgezogen (SEEUROPE, 2005, S. 39, 87, 121, 127). Ein entscheidendes Hemmnis für ausländische Investoren stellt das Problem der Doppelbesteuerung bei Transfers erzielter Gewinne der Tochtergesellschaft an den Mutterkonzern dar. Da in diesem Zusammenhang kein völkerrechtliches Verbot existiert, ist die Vermeidung von Doppelbesteuerung keine juristische Notwendigkeit, sondern verfolgt primär das Ziel effizienter und gerechter Besteuerung (HOMBURG, 2000, S. 246). Aus Sicht multinationaler Unternehmen hingegen stellt die mögliche Gefahr von Doppelbesteuerung einen wesentlichen Kostenfaktor dar und sollte, in erheblich größerem Umfang als bereits geschehen, durch Doppelbesteuerungsabkommen aufgehoben werden.²⁰

Ein allgemeiner Vergleich der Steuersysteme bzw. deren Attraktivität für FDI anhand obiger Daten erweist sich als schwierig. Der Vergleich der gesetzlichen Steuerraten allein reicht nicht aus und auch die Betrachtung der effektiven steuerlichen Belastung lässt einen Punkt unberücksichtigt. Um die tatsächliche Belastung von Unternehmen in einem Land beurteilen zu können, ist nicht nur die Einnahmen- sondern auch die Ausgabenseite des Staates zu betrachten. Werden Steuereinnahmen zum Zweck der Reduzierung von Kosten und der Verbesserung von Einkommensmöglichkeiten für Unternehmen ausgegeben, können die negativen Effekte der Besteuerung teilweise kompensiert werden. Ein typisches und für Unternehmen bedeutendes Beispiel hierfür sind Investitionen in die Infrastruktur des Landes (HOLLAND und OWENS, 1997, S. 247).

²⁰ Doppelbesteuerungsabkommen der einzelnen Länder sind u.a. Seeurope, 2004 zu entnehmen.

Abbildung 8: Bewertung der Infrastruktur²¹ (2004)

Quelle: Eigen Darstellung nach EBRD (2004a), S. 10.

Die Bewertung der Infrastruktur in den SEE-4 insgesamt fällt, wie Abbildung 8 zeigt, nahezu einheitlich aus, mit einer leicht besseren Einschätzung für Bosnien und Herzegowina. Bei der Betrachtung der einzelnen Kriterien lassen sich jedoch teils erhebliche Unterschiede erkennen. So ist die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in den betrachteten Ländern am wenigsten entwickelt, mit der schlechtest möglichen Benotung (1) für Albanien sowie Bosnien und Herzegowina. Der Telekommunikationssektor hingegen ist in diesen beiden Ländern mit Abstand besser ausgebaut als in Mazedonien oder Serbien und Montenegro. In den Bereichen Energieversorgung und Verkehrsinfrastruktur zeigt sich, bis auf ein besser ausgebautes Eisenbahnnetz und eine bessere Stromversorgung in Bosnien und Herzegowina, ein relativ einheitliches Bild. Insgesamt muss in allen Ländern der Ausbau der Infrastruktur mit Nachdruck vorangetrieben werden (EBRD, 2004a, S. 10).

Vergleicht man nun mit Hilfe der Abbildungen 7 und 8 die Einnahmen- und Ausgabenseite der SEE-4, so scheint, mit einer effektiven Steuerbelastung von knapp 20 Prozent und der vergleichbar besten Infrastruktur, in Bosnien und Herzegowina diesbezüglich das beste Investitionsklima zu herrschen. Unter den anderen drei Ländern besteht vor allem in Albanien die Notwendigkeit, die effektive Steuerbelastung deutlich zu reduzieren, will man beim Wettbewerb um FDI nicht den Anschluss verlieren.

²¹ Die Bewertung der EBRD reichen von 1 (geringe Fortschritte beim Aufbau der Infrastruktur) bis 4,3 (mit Industrienationen vergleichbare Infrastruktur).

5 Rechtssicherheit und Transparenz

Korruption und Informeller Sektor

„Korruption (...) stellt ein beängstigendes Hindernis für nachhaltige Entwicklung dar und führt zu einem gewichtigen Verlust öffentlicher Mittel, die sowohl in entwickelten als auch in Entwicklungsländern dringend für Bildung, das Gesundheitswesen und die Armutsbekämpfung benötigt werden“, so Peter Eigen, Vorsitzender von Transparency International (TI), bei der Vorstellung des TI Corruption Perceptions Index (CPI) 2004. Dieser Verlust an Mitteln fällt umso mehr ins Gewicht, je ärmer ein Land ist. Die 1993 gegründete Organisation versucht mit Hilfe des CPI, basierend auf 18 Erhebungen zwölf unabhängiger Organisationen, für 146 Länder das Korruptionsniveau zu quantifizieren. Der CPI stützt sich dabei auf das wahrgenommene Ausmaß an Korruption von Länderanalysten und erfahrenen Geschäftsleuten. Im Folgenden wird wiederum Kroatien in die Betrachtung aufgenommen, um die durchaus erwähnenswerten Unterschiede deutlich zu machen.

Tabelle 1: CPI Korruption Länderranking (2004)

Rang	Land	CPI (2004) Punktwert	Anzahl der Studien
67	Kroatien	3,5	9
82	Bosnien und Herzegowina	3,1	7
92	Mazedonien	2,7	7
92	Serbien und Montenegro	2,7	7
108	Albanien	2,5	4

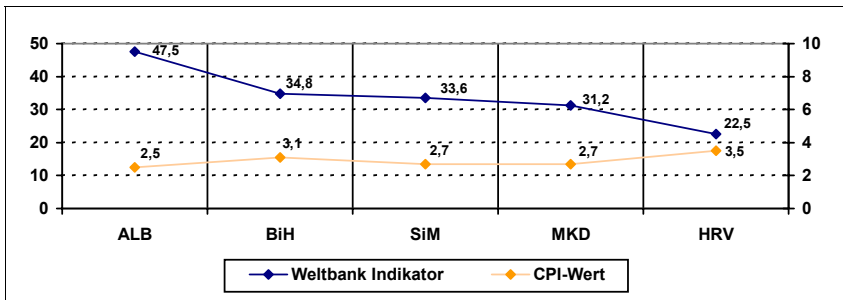
Quelle: Eigene Darstellung nach TRANSPARENCY INTERNATIONAL (2004), S.7f.

So ist Kroatien in diesem Vergleich mit 3,5 Punkten auf Rang 67 platziert und schneidet somit am besten ab, gefolgt von Bosnien und Herzegowina (Rang 82, Wert 3,1) und Mazedonien sowie Serbien und Montenegro, die sich mit 2,7 Punkten (zusammen mit Algerien, dem Libanon und Nicaragua) Rang 97 teilen. Schlusslicht ist Albanien auf Platz 108 mit 2,5 Punkten (siehe Tabelle 1). Obwohl Unterschiede in der Bewertung zu erkennen sind ist anzumerken, dass alle hier betrachteten Länder mit erheblicher Korruption zu kämpfen haben. Nimmt man, wie von Transparency International vorgeschlagen, ein Ergebnis

von drei Punkten als Schwellenwert, so muss das Problem in Albanien, Mazedonien und Serbien und Montenegro als tief verwurzelt bezeichnet werden (TRANSPARENCY INTERNATIONAL, 2004, S. 2 und 7f).

Bis hierhin basierte die Untersuchung auf dem von Länderanalysten und erfahrenen Geschäftsleuten wahrgenommenen Ausmaß an Korruption. Entscheidend ist, ob diese Einschätzung auch Rückschlüsse auf negative Auswirkungen auf das wirtschaftliche Handeln von Unternehmen zulässt. Dies soll mit Hilfe einer Untersuchung der Weltbank analysiert werden. Hierbei wurden Unternehmen befragt, ob Korruption sie in ihrem unternehmerischen Handeln und in ihren Wachstumsmöglichkeiten beschränkt. Während im regionalen Durchschnitt etwa ein Drittel der Betriebe diese Frage mit Ja beantwortete, lassen sich zwei Ausreißer in diesem Zusammenhang erkennen. In Albanien waren es fast die Hälfte und in Kroatien weniger als ein Viertel der befragten Unternehmen, die Korruption als ein echtes Hemmnis ansehen (WORLD BANK, 2002, Internetseite).

Abbildung 9: Vergleich Korruptionsindikatoren TI/Weltbank



Quelle: Eigene Darstellung nach TRANSPARENCY INTERNATIONAL (2004), S.7f. und WORLD BANK (2002), Internetseite.

In der Tendenz lässt sich in Abbildung 9 erkennen, dass höhere CPI Werte mit niedrigeren Prozentsätzen bei der Erhebung der Weltbank einhergehen. Entscheidend bei der Analyse des Investitionsklimas in der Region ist das jeweils überdurchschnittlich schlechte Abschneiden Albaniens und die guten Werte für Kroatien, das sich in diesem Zusammenhang als vielversprechender Investitionsstandort präsentiert.

Eine Betrachtung des privaten Sektors muss einen Blick auf den informellen Sektor beinhalten. Dies gilt vor allem auch für Länder Südosteuropas, in denen informelle Wirtschaftsaktivitäten eine Schlüsselrolle im Bezug auf Wachstum, Beschäftigung und Armutsreduzierung einnehmen. In den Westbalkanstaaten wird durchschnittlich rund ein Drittel des BIP durch nicht registrierte Unter-

nehmen erwirtschaftet.²² Die Begründung für diesen hohen Wert liefert eine Kosten-Nutzen-Analyse. Die Gründung und der Betrieb eines Unternehmens in den meisten südosteuropäischen Ländern sind, aufgrund eines hohen Maßes an Bürokratie und Regulierung, schwierig und kostspielig (siehe nächster Abschnitt: Aspekte des Geschäftsklimas). Der Nutzen, der daraus resultiert, Anforderungen an eine ordentliche Geschäftsführung zu ignorieren, übersteigt meist mögliche Kosten durch Strafen bei Nichtbeachtung von Gesetzen. Zudem verstärkt eine meist nachlässige Verfolgung solcher Straftaten noch den Anreiz im informellen Sektor zu wirtschaften. Letztlich hat noch die Beschaffenheit des Kapitalmarktes einen wesentlichen Einfluss auf die Entscheidung eines Betriebes, sich registrieren zu lassen. Nur registrierte Unternehmen können für ihre Aktivitäten bei Banken einen Antrag auf Kredite stellen. Ist die Wahrscheinlichkeit, einen solchen zu annehmbaren Kosten zu erhalten, gering, sinkt auch der Anreiz, sich registrieren zu lassen. Fraglich bleibt, ob Staaten prinzipiell Maßnahmen gegen informelle Wirtschaftsaktivitäten ergreifen sollen. Die Meinungen bezüglich einer positiven Korrelation zwischen einem wachsenden informellen Sektor und einer Steigerung des BIP gehen auseinander. Doch kann argumentiert werden, dass ein großer Teil der Bevölkerung auf diesem Wege, wenn auch nicht ordentlich beschäftigt, doch durch eine Art soziales Netz aufgefangen wird. Unumstritten ist die Tatsache, dass dem Staat erhebliche Steuereinnahmen entgehen. Die Mehrbelastung registrierter Unternehmen durch Steuerabgaben und andere Kosten führt zudem zu einem massivem Wettbewerbsnachteil gegenüber nicht-registrierten Betrieben (EBRD, 2004b, S. 17f).

Aspekte des Geschäftsklimas

In den jährlichen „Doing Business“-Reporten der Weltbank werden spezifische Regulierungsmaßnahmen und Politiken analysiert, die Investitionen sowie die Produktivität von Unternehmen und somit Wachstum fördern bzw. hemmen. Dadurch können Ansatzpunkte, das Geschäftsklima zu verbessern, identifiziert, somit Arbeitsplätze geschaffen und Firmen veranlasst werden, ihre Aktivitäten in den formalen Sektor zu transferieren.

²² Andere Messmethoden kommen zu Ergebnissen zwischen 19 Prozent in Kroatien und 51 Prozent in Albanien (EBRD, 2004b, S. 17).

Tabelle 2: Ausgewählte Aspekte des Geschäftsklimas I (2005)

	Starting a business			Hiring and firing Workers			
2005	Anzahl an Verfahren	Tage	Kosten	Hemmnisse bei der Einstellung	Hemmnisse bei der Freisetzung	Kosten der Freisetzung	Flexibilität der Arbeitszeit
ALB	11	41	31,1	44	20	<u>63,6</u>	<u>80</u>
BiH	12	<u>54</u>	<u>40,9</u>	56	30	32,8	40
MKD	<u>13</u>	48	11,3	<u>61</u>	<u>40</u>	40,7	60
SiM	10	15	6,0	44	<u>40</u>	21,2	0
SEE-4	11,8	39,5	22,3	51,3	32,5	39,6	45,0
OECD	6,0	19,0	6,5	29,5	27,3	32,6	50,0

Quelle: Eigene Darstellung nach WORLD BANK (2005), Internetseite.

Der Indikator „Starting a business“ beschreibt in Tabelle 2 die Anzahl der Verfahren und Tage die es braucht, ein Unternehmen gründen zu können sowie die dafür anfallenden Kosten in Prozent des Einkommens pro Kopf. Bei der Betrachtung des ersten Punktes sind keine nennenswerten Abweichungen zu erkennen. Bei der Dauer und den Kosten einer Unternehmensgründung zeigen sich jedoch erhebliche Unterschiede. Hierbei schneidet Bosnien und Herzegowina mit Werten von 54 beziehungsweise 40,9 deutlich am schlechtesten ab. In Serbien und Montenegro hingegen ist die Gründung eines Betriebes unkompliziert, schnell und daher im Vergleich sehr kostengünstig. Albanien liegt als eines von zwei Ländern deutlich über der durchschnittlichen Kostenbelastung in den Westbalkanstaaten von 22,3 Prozent.

„Hiring and firing workers“ stellt einen Indikator für die Flexibilität des Arbeitsmarktes dar, wobei höhere Werte eine geringere Flexibilität widerspiegeln. Zudem werden die anfallenden Kosten gerechnet in Wochengehältern bei der Freistellung von Arbeitskräften angegeben. Bei der Einstellung und Freisetzung von Arbeitskräften präsentiert sich Albanien mit Indexwerten von 44 und 20 am besten. In den übrigen Westbalkanstaaten lassen sich deutliche Unterschiede feststellen, mit dem schlechtesten Werten für Mazedonien (61/40). Bei der Freisetzung von Arbeitern fallen in Albanien mit 63,6 Prozent die höchsten Kosten an. Herausragend „billig“ hingegen ist dies in Serbien und Montenegro. Zudem scheint das Land Unternehmen keinerlei Einschränkungen bezüglich Arbeitszeitregelungen zu machen. Sollen Investitionen und damit generierte Beschäfti-

gungsmöglichkeiten jedoch dem Allgemeinwohl dienen, ist ein möglichst kleiner Wert gesamtgesellschaftlich nicht uneingeschränkt erstrebenswert.

Tabelle 3: Ausgewählte Aspekte des Geschäftsklimas II (2005)

2005	Enforcing Contracts		Closing a business		
	Anzahl an Verfahren	Tage	Kosten	Jahre	Kosten
ALB	<u>39</u>	390	28,6	<u>4,0</u>	<u>38</u>
BiH	36	330	19,6	3,3	9
MKD	27	509	<u>32,8</u>	3,7	28
SiM	33	<u>635</u>	18,1	2,7	23
SEE-4	33,8	466,0	24,8	3,4	24,5
OECD	19,0	232,0	10,9	1,5	7,6

Quelle: Eigene Darstellung nach WORLD BANK (2005), Internetseite.

Der Indikator „Contract enforcement“ versucht, die Effizienz der Justiz hinsichtlich der Durchsetzung von Geschäftsverträgen, gerade auch bei Zahlungsstreitigkeiten, zu messen. Es werden in Tabelle 3 die Anzahl der Verfahrensschritte, die Tage von der Einreichung der Klage bis zur tatsächlichen Auszahlung und die Kosten in Prozent der strittigen Zahlungssumme angegeben. Während ein solches Verfahren nur in Bosnien und Herzegowina kürzer dauert als in Albanien, müssen in Albanien die meisten Verfahrensschritte (39) durchlaufen werden. Die Kosten sind zudem nur in Mazedonien höher. Mit über 600 Tagen dauert eine Vertragsdurchsetzung in Serbien und Montenegro mit Abstand am längsten. Die Schließung eines Betriebes dauert in Albanien mit durchschnittlich vier Jahren am längsten, was sich auch in sehr hohen Kosten widerspiegelt. Besonders niedrige Kosten fallen in Bosnien und Herzegowina an, was auch auf eine relativ kurze Verfahrenszeit zurückzuführen ist.

Tabelle 4: Ausgewählte Aspekte des Geschäftsklimas III (2005)

2005	Registering Property			Protecting Investors	Außenhandel	
	Anzahl an Verfahren	Tage	Kosten	Investorenschutz ²³	Benötigte Zeit für Exporte	Benötigte Zeit für Importe
ALB	<u>7</u>	47	3,6	<u>2,7</u>	<u>37</u>	38
BiH	<u>7</u>	<u>331</u>	<u>6,0</u>	4,7	32	43
MKD	6	74	3,6	6,0	32	35
SIM	6	111	5,3	5,7	32	<u>44</u>
SEE-4	6,5	140,1	4,6	4,8	33,2	40
OECD	4,0	33,0	4,7	6,0	12,0	14

Quelle: Eigene Darstellung nach WORLD BANK (2005), Internetseite.

Die Registrierung von Eigentum dauert, trotz der ähnlich hohen Anzahl an nötigen Verfahrensschritten, in Bosnien und Herzegowina mit 331 Tagen deutlich am längsten (siehe Tabelle 4). Dies hat zur Folge, dass dort auch die anfallenden Kosten mit sechs Prozent des Wertes des zu registrierenden Eigentums am höchsten sind. Die mit Abstand kürzeste Zeit nimmt die Eigentumsregistrierung in Albanien in Anspruch. Zusammen mit Mazedonien fallen in Albanien dadurch auch die geringsten Kosten an. Die Rechte von Investoren werden insgesamt am besten in Mazedonien und am schlechtesten in Albanien geschützt. Unternehmen mit Ex- und Importabsichten müssen sich in allen betrachteten Ländern auf Verzögerungen teils deutlich über einen Monat einstellen, mit einem Spitzenwert von 44 Tagen für Importe in Serbien und Montenegro.

Betrachtet man die Tabellen 2 bis 4 so lassen sich in Albanien unter den achtzehn ausgewählten Kriterien bei acht die schlechtesten Werte erkennen (in den Tabellen unterstrichen). Das vergleichsweise beste Geschäftsklima findet sich demnach in Serbien und Montenegro. Bei zwei Aspekten liegt das Land an der Spitze, bei drei weiteren über dem Durchschnitt. Im Vergleich der durchschnittlichen Werte der SEE-4 mit denen der OECD-Länder wird deutlich, dass die meisten der in den Tabellen 2 bis 4 aufgezeigten Faktoren für die vier Länder

²³ Dieser Index umfasst die Transparenz bei wirtschaftlichen Transaktionen, Haftungsmöglichkeiten bei Selbstkontrahierung sowie die Möglichkeit von Anteilseignern Manager und Vorstand aufgrund schlechter Unternehmensführung zu verklagen.

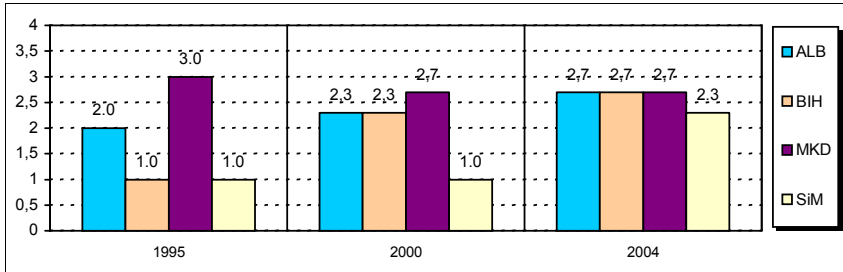
des westlichen Balkan ein teilweise deutlich schlechteres Geschäftsklima widerspiegeln. Lediglich im Bezug auf die Flexibilität der Arbeitszeiten und die Kosten bei der Registrierung von Eigentum sind die durchschnittlichen Werte in den SEE-4 leicht besser (WORLD BANK, 2005, Internetseite).

Neben hohen Kosten sowie schwierigen und langwierigen Verfahren der Geschäftsführung und den in Kapitel 4 aufgezeigten steuerlichen Belastungen hält zudem ein schlecht funktionierender Kapitalmarkt Unternehmen davon ab, in den formellen Sektor zu wechseln. Dieser Aspekt soll im folgenden Kapitel 6 aufgegriffen werden.

6 Kapitalmarkt

Der Finanzsektor aller Länder der Region ist durch Geschäftsbanken geprägt. Institutionelle Investoren, Versicherungsmärkte sowie andere Formen der Finanzierung, wie beispielsweise Leasing, spielen lediglich eine sehr kleine Rolle bei der Finanzierung von Aktivitäten des privaten Sektors (EUROPEAN COMMISSION, 2004, S. 21). Darüber hinaus dienen in den Ländern des Westbalkans zum größten Teil eigene Mittel und einbehaltene Gewinne der Finanzierung von Investitionsvorhaben und der Beschaffung von Kapital für die Produktion. Die Spanne reicht für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) von 50 Prozent in Kroatien bis zu 86 Prozent in Serbien und Montenegro. Abgesehen von Kroatien und Albanien ist diese Finanzierungsquelle auch für große Unternehmen in ganz Südosteuropa wichtiger als alle anderen Quellen zusammen. Vor allem in Ländern mit hohen privaten Transfers aus dem Ausland spielen Anleihen von Freunden oder Verwandten eine wichtige Rolle. Aufgrund des geringen Vertrauens in den Bankensektor und hoher Gebühren fließen viele dieser Zahlungen durch inoffizielle Kanäle.

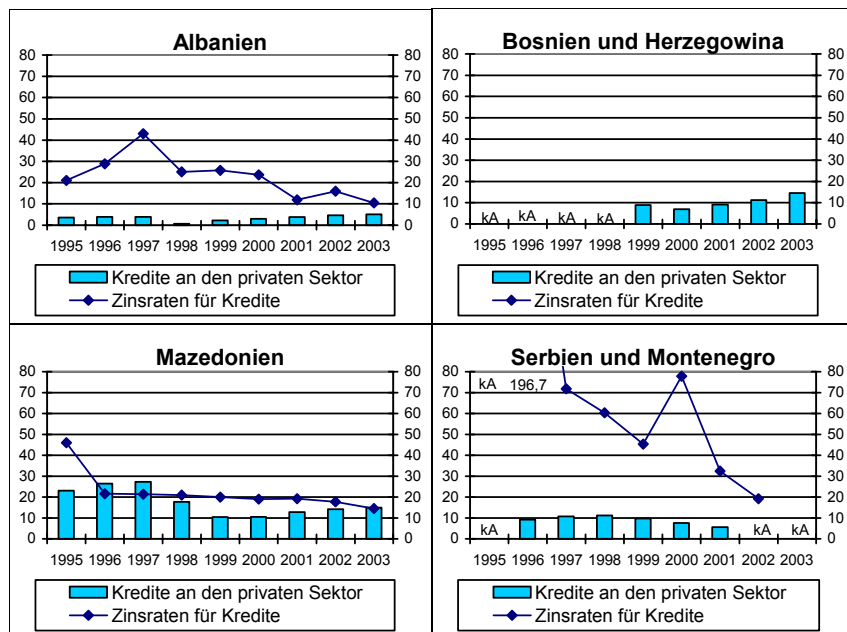
Bankkredite hingegen sind von eher untergeordneter Bedeutung. Eine Ausnahme bildet hierbei Kroatien. Rund 21 Prozent der KMU, und 46 Prozent der Großbetriebe finanzieren sich hier durch Bankkredite. Unzureichende Rechtsprechung und rechtliche Rahmenbedingungen, fehlender Zugang zu Krediten mit längerer Laufzeit sowie mangelndes Vertrauen in das Bankensystem sind als Gründe dafür zu nennen (EBRD, 2004b, S. 21f und 28).

Abbildung 10: Reformfortschritte im Bankensektor²⁴

Quelle: Eigene Darstellung nach EBRD (2003), S. 110, 126, 146 und 190 und EBRD (2004a), S. 92, 108, 128 und 172.

Die Bankensektoren in Albanien, Bosnien und Herzegowina sowie in Mazedonien präsentierten sich 2004 vergleichbar gut (siehe Abbildung 10). Gerade das Wachstum des Spar- und Kreditvolumens sowie eine relativ gut funktionierende Bankenaufsicht in Bosnien und Herzegowina haben zu einer Verbesserung im Vergleich zu den Vorjahren beigetragen. Die Kreditvergabe lag 2003 bei 14,6 Prozent des BIP. Die schlechteste Beurteilung erhielt Serbien und Montenegro mit einem Indexwert von 2,3. Dort sanken die privaten Kredite seit 1998 stetig auf 5,6 Prozent 2001. Daten für die Folgejahre liegen nicht vor. Mazedonien kann seit 2002 wieder eine private Kreditvergabe von über 14 Prozent des BIP verbuchen. Insgesamt ist in den Westbalkanländern eine sehr geringe Kreditvergabe an den privaten Sektor zu erkennen (siehe Abbildung 11).

²⁴ Die Bewertung der BERD reichen von 1 (geringe Fortschritte bei der Reform des Bankensektors) bis 4,3 (vollständig reformierter Bankensektor).

Abbildung 11: Kreditvergabe in Prozent des BIP und Zinsraten²⁵ (1998-2003²⁶)

Quelle: Eigene Darstellung nach EBRD (2003), S. 110f, 126f, 146f und 190f und EBRD (2004a), S. 92f, 108f, 128f und 172f.

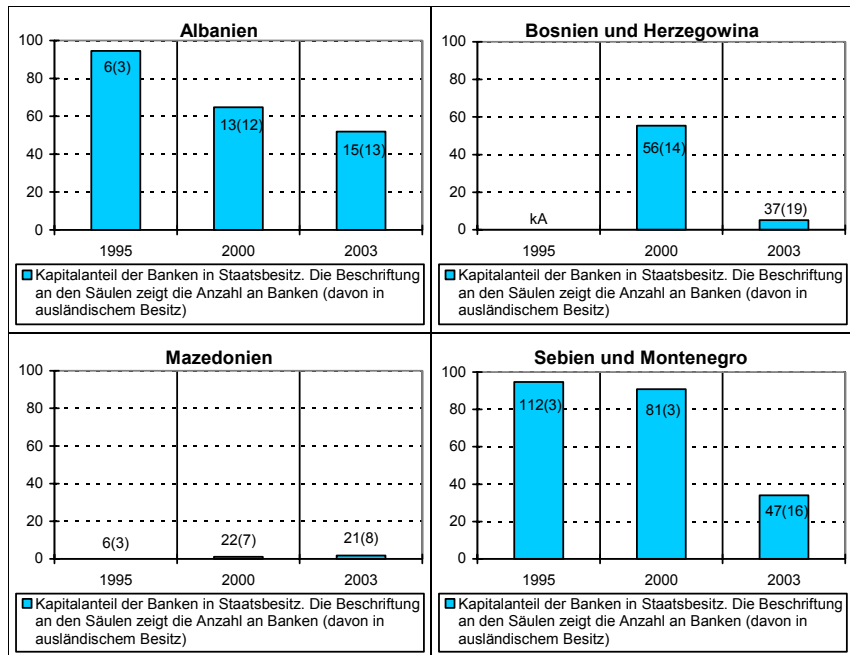
In Albanien war die Aufnahme von Krediten im Jahr 2003 mit einer Zinsrate von knapp über 10 Prozent in der letzten Dekade nie günstiger. Auch in Mazedonien war mit 14,5 Prozent 2003 ein Tiefstand erreicht. In Serbien und Montenegro war die Zinsrate für Kredite nach stark schwankenden Zahlen in den letzten Jahren (Spitzenwert 196,7 Prozent 1996) im Betrachtungszeitraum mit 19,2 Prozent nie niedriger als 2002. Ein Wert für 2003 liegt nicht vor. Über die Entwicklung der Zinsraten für Kredite in Bosnien und Herzegowina liegen keine Daten vor (EBRD, 2003, S. 110f, 126f, 146f und 190f, EBRD, 2004a, S. 92f, 106f, 126f und 172f). Es ist festzuhalten, dass in den Jahren 2001 bis 2003 die durchschnittlichen Zinsraten für Bankkredite in Albanien die vergleichsweise niedrigsten Werte annahmen, was jedoch nur zu einer leichten Steigerung der Kreditvergabe an den privaten Sektor führte.

²⁵ Der Vergleich der Kosten für die Beschaffung von Kapital, gestaltet sich schwierig, da sich die Zinssätze auf Kredite verschiedener Laufzeit beziehen.

²⁶ Die Daten für 2003 beruhen auf Schätzungen der EBRD. Daten für 2004 liegen nicht vor.

Die Privatisierung des Bankensektors hat in den vergangenen Jahren erhebliche Fortschritte gemacht. Gerade der Besitz ausländischer Institute an regionalen Banken hat während der letzten Dekade deutlich zugenommen, was Abbildung 12 bestätigt.

Abbildung 12: Privatisierung und ausländische Institute im Bankensektor (1995-2003²⁷)



Quelle: Eigene Darstellung nach EBRD (2003), S. 110, 126, 146 und 190 und EBRD (2004a), S. 92, 108, 128 und 172.

So waren beispielsweise in Serbien und Montenegro 2003, trotz einer deutlich geringeren Anzahl an Instituten insgesamt, etwa fünfmal so viele Banken in ausländischem Besitz als noch im Jahr 2000. Auch in den anderen betrachteten Ländern ist die Zahl teils deutlich gestiegen. Der Privatisierungsprozess hat vor allem in Bosnien und Herzegowina große Fortschritte gemacht. Im Zeitraum 2000 bis 2003 sank der Kapitalanteil der Banken in Staatsbesitz von über 55 Prozent auf etwa 5 Prozent. Auch Serbien und Montenegro konnte den Anteil deutlich von über 90 Prozent auf etwa 34 Prozent reduzieren. In diesen beiden Ländern fand auch eine deutliche Bankenkonzentration in den vergangenen Jahren statt, während in Albanien und Mazedonien (ausgehend von niedrigen Zahlen)

²⁷ Die Daten für 2003 beruhen auf Schätzungen der EBRD. Daten für 2004 liegen nicht vor.

die Anzahl an Banken zunahm (EBRD, 2003, S. 110, 126, 146 und 190, EBRD, 2004a, S. 92, 108, 128 und 172).

Im internationalen Vergleich ist der Finanzsektor in den Ländern der Region nach wie vor relativ klein und fragil. Fehlende Erfahrung und Aufzeichnungen über die individuelle Kreditwürdigkeit von Antragstellern sowie politische und wirtschaftliche Instabilität im Allgemeinen halten Banken von der Vergabe von Langzeitkrediten ab. Die Zahlungsmoral von Schuldnern ist schlecht, die Gerichtsbarkeit zur Durchsetzung von Verträgen schwach und das Kerngeschäft der Banken dadurch wenig profitabel. Die Integration der betrachteten Volkswirtschaften in internationale Finanzmärkte hat erst begonnen und grenzübergreifende Finanztransaktionen sind auf niedrigem Niveau (EUROPEAN COMMISSION, 2004, S. 21).

7 Resümee und Ausblick

Der Transformationsprozess in den SEE-4 hat auf einigen Gebieten große Fortschritte gemacht. In anderen Bereichen sind weiterhin erhebliche Anstrengungen vonnöten, um für in- und ausländische Unternehmen ein solides Wirtschaftsumfeld zu generieren.

Ohne die Etablierung funktionsfähiger demokratischer Regierungssysteme und der Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft als grundlegendes Instrument demokratischer Gesellschaften wird politische Stabilität nicht erreicht werden können. Zudem wird der Transformationsprozess durch unterentwickelte Verwaltungs- und Justizapparate sowie ein sehr hohes Maß an Korruption erheblich behindert. Ohne grundlegende Verbesserungen bezüglich der aufgeführten Punkte wird es den Ländern der Region weder möglich sein ein stabiles politisches Bild gegenüber potentiellen Investoren sowie der Europäischen Union abzugeben, noch innenpolitische Probleme zu beseitigen.

Keines der Länder hat eine umfassend positive Entwicklung der makroökonomischen Rahmenbedingungen in den vergangenen Jahren aufzuweisen. So besteht in den einzelnen Ländern bezüglich bestimmter makroökonomischer Indikatoren, wie der hohen Arbeitslosigkeit, teils erheblicher Handlungsbedarf. Zudem existieren, beispielsweise in den Budget- und Zahlungsbilanzen, erhebliche regionale Unterschiede.

Auch bei der Betrachtung der Steuersysteme erhält man ein uneinheitliches Bild. Die Körperschaftsteuersätze sind einheitlich auf niedrigem Niveau, doch gibt es massive Unterschiede die Effektivbelastung der Unternehmen betreffend. Die

Steueradministration ist aufgrund mangelnder Ressourcen unterentwickelt und die Schaffung adäquater Rechtsrahmen und -verfahren muss vorangetrieben werden. Bei der Betrachtung der Ausgabenseite des Staates sind noch erhebliche Defizite im Bereich Infrastruktur, speziell bei der Wasser- und Abwasserversorgung, ersichtlich geworden.

Wie schon erwähnt ist das Problem der Korruption weit verbreitet. Dies verhindert nicht nur die ordnungsgemäße Funktionsweise marktwirtschaftlicher Mechanismen, sondern beeinträchtigt ansässige Unternehmen in erheblichem Maße in ihren wirtschaftlichen Tätigkeiten und Expansionsmöglichkeiten. Zudem wirtschaften viele Unternehmen aufgrund kostspieliger und langwieriger Geschäftsprozesse im informellen Sektor. Dadurch entgehen dem Staat dringend benötigte Mittel, um die in dieser Arbeit aufgezeigten Defizite beseitigen zu können. Es sollten daher umgehend umfassende Maßnahmen zur Eindämmung der Korruption einerseits, sowie zur Schaffung von Anreizen für Unternehmen zum Transfer ihrer Aktivitäten in den formellen Sektor andererseits eingeleitet werden.

Die Kapitalmärkte in den SEE-4 sind nach wie vor unterentwickelt. Der Kapitalbeschaffung dienen in erster Linie nicht Geschäftsbanken sondern eigene Mittel sowie einbehaltene Gewinne. Andere Formen der Finanzierung spielen eine untergeordnete Rolle für Betriebe. Fehlende Erfahrung und Aufzeichnungen über die individuelle Kreditwürdigkeit von Antragstellern sowie politische und wirtschaftliche Instabilität im Allgemeinen halten Banken von der Vergabe von Langzeitkrediten ab.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass der Transformationsprozess in der letzten Dekade deutlich vorangeschritten ist. Jedoch bezieht sich diese Aussage stets nur auf einen Teil der analysierten Punkte. Während in einigen Bereichen die Staaten nahezu auf dem Niveau fortschrittlicher Industriestaaten liegen, hat im Bezug auf andere Gebiete der Transformationsprozess gerade erst begonnen. Dies ist auch der Grund der geringen Attraktivität der Länder als Investitionsstandort. Positive Entwicklungen werden durch Defizite an anderen essentiellen Stellen gehemmt oder sogar aufgehoben. Fraglich ist folglich, ob die gezielte Förderung in bestimmten Bereichen den erhofften Erfolg bringen kann, oder ob eine eher breit angelegte Förderung, wenn auch auf niedrigerem Niveau, nicht sinnvoller ist.

Literaturverzeichnis

- Ebenroth, Carsten-Thomas (1987), Code of Conduct -Ansätze zur vertraglichen Gestaltung internationaler Investitionen, Universitätsverlag Konstanz GmbH, Konstanz.
- EBRD (2003), Transition Report 2003, Integration and regional cooperation, London.
- EBRD (2004a), Transition Report 2004, Infrastructure, London.
- EBRD (2004b), Spotlight on south-eastern Europe, An overview of private sector activity and investment, London.
- EBRD (2005), Transition Report update, May 2005, London.
- European Commission (2004), The Western Balkans in transition, Enlargement Papers, No. 23, Brüssel.
- Holland, David und Owens, Jeffrey (1997), Taxation and foreign direct investment, in: Fiscal Policy and Economic Reform, Essays in honour of Vito Tanzi, Routledge London und New York.
- Homburg, Stefan (2000), Allgemeine Steuerlehre, 2. Auflage, Verlag Vahlen, München
- IMF (2005), Albania: Selected Issues and Statistical Appendix, Country Report No. 05/90, Washington.
- Jahrreiß, Wolfgang (1984), Zur Theorie der Direktinvestition im Ausland, Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 337, Duncker & Humblot, Berlin.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2003), Arbeitsdokument der Kommissionsstellen, Bosnien und Herzegowina, Bericht über den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess 2003, SEK(2003) 340, Brüssel.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2004a), Bericht der Kommission, Der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess für Südosteuropa, Dritter Jahresbericht, Brüssel.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2004b), Arbeitspapier der Kommissionsdienststellen, Albanien, Bericht über den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess 2004, SEK(2004) 374 /2, Brüssel.

- Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2004c), Arbeitspapier der Kommissionsdienststellen, Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien, Bericht über den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess 2004, SEK(2004) 373, Brüssel.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2004d), Arbeitspapier der Dienststellen der Kommission, Serbien und Montenegro, Stabilisierungs- und Assoziierungsbericht 2004, SEK(2004) 376, Brüssel.
- Kule, Dhori und Wenzel, H.-Dieter (2003), The Size of the Public Sector, in: Bank of Albania (Hrsg.), The Albanian Economy: Performance and Policy Challenges, 4th Conference of the Bank of Albania, September 11-12, 2003, Saranda, S. 257-276.
- OECD (2002), Übersicht, Ausländische Direktinvestitionen zugunsten der Entwicklung- Optimaler Nutzen, minimale Kosten, Paris.
- OSCE (2005), Interim Report 3, Tirana.
- Seeurope (2004), Investment Guide for Southeast Europe 2004, auf der Internetseite „http://www.seeurope.net/en/Content.php?file=investment_guide/investment“, aufgerufen am 07. März 2005.
- Seeurope (2005), Investment Guide for Southeast Europe 2005, auf der Internetseite „http://www.seeurope.net/en/Content.php?file=i_guide/invguide2005“, aufgerufen am 20. September 2005.
- Süddeutsche Zeitung (2005a), Serben einig beim Thema Kosovo, in: SZ, Nr. 84, 13. April 2005, S. 6.
- Süddeutsche Zeitung (2005b), Belgrad kommt EU-Beitritt näher, in: SZ, Nr. 84, 13. April 2005, S. 6.
- Transparency International (2004), Transparency International Corruption Perceptions Index (CPI) 2004, TI-Korruptionsindex, Presseerklärung vom 20. Oktober 2004, London.
- Vincentz, Volkhart und Knogler, Michael (2004), EU-Erweiterung: Die wirtschaftliche Beitrittsfähigkeit der Balkanländer, Osteuropa-Institut München, Working Paper Nr. 249, München.

- Wenzel, H.-Dieter und Treier, Volker (1999), Transformation in Mittel- und Osteuropa, in: Forschungsforum, Heft 9, Universitäts-Verlag Bamberg, Bamberg, S. 53-67.
- Wenzel, H.-Dieter (Hrsg.) (2004), Annual Report of the Ministry of Economy 2004, Tirana.
- Wenzel, H.-Dieter, Lackenbauer, Jörg und Brösamle, Klaus (2004), Public Debt and the Future of the EU's Stability and Growth Pact, Working Paper No. 50, Bamberg.
- World Bank (2002), Investment Climate Surveys, auf der Internetseite "<http://rru.worldbank.org/InvestmentClimate/>", aufgerufen am 03. März 2005.
- World Bank (2004), World Development Report 2005, A Better Investment Climate for Everyone, Washington.
- World Bank (2005), Doing Business, Benchmarking Business Regulations, auf der Internetseite "<http://www.doingbusiness.org/Default.aspx/>", aufgerufen am 20. September 2005.

BERG Working Paper Series on Government and Growth

- 1 Mikko **Puhakka** and Jennifer P. **Wissink**, Multiple Equilibria and Coordination Failure in Cournot Competition, December 1993
- 2 Matthias **Wrede**, Steuerhinterziehung und endogenes Wachstum, December 1993
- 3 Mikko **Puhakka**, Borrowing Constraints and the Limits of Fiscal Policies, May 1994
- 4 Gerhard **Illing**, Indexierung der Staatsschuld und die Glaubwürdigkeit der Zentralbank in einer Währungsunion, June 1994
- 5 Bernd **Hayo**, Testing Wagner's Law for Germany from 1960 to 1993, July 1994
- 6 Peter **Meister** and Heinz-Dieter **Wenzel**, Budgetfinanzierung in einem föderalen System, October 1994
- 7 Bernd **Hayo** and Matthias **Wrede**, Fiscal Policy in a Keynesian Model of a Closed Monetary Union, October 1994
- 8 Michael **Betten**, Heinz-Dieter **Wenzel**, and Matthias **Wrede**, Why Income Taxation Need Not Harm Growth, October 1994
- 9 Heinz-Dieter **Wenzel** (Editor), Problems and Perspectives of the Transformation Process in Eastern Europe, August 1995
- 10 Gerhard **Illing**, Arbeitslosigkeit aus Sicht der neuen Keynesianischen Makroökonomie, September 1995
- 11 Matthias **Wrede**, Vertical and horizontal tax competition: Will uncoordinated Leviathans end up on the wrong side of the Laffer curve? December 1995
- 12 Heinz-Dieter **Wenzel** and Bernd **Hayo**, Are the fiscal Flows of the European Union Budget explainable by Distributional Criteria? June 1996
- 13 Natascha **Kuhn**, Finanzausgleich in Estland: Analyse der bestehenden Struktur und Überlegungen für eine Reform, June 1996
- 14 Heinz-Dieter **Wenzel**, Wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven Turkmenistans, July 1996
- 15 Matthias **Wrede**, Öffentliche Verschuldung in einem föderalen Staat; Stabilität, vertikale Zuweisungen und Verschuldungsgrenzen, August 1996

- 16 Matthias **Wrede**, Shared Tax Sources and Public Expenditures, December 1996
- 17 Heinz-Dieter **Wenzel** and Bernd **Hayo**, Budget and Financial Planning in Germany, February 1997
- 18 Heinz-Dieter **Wenzel**, Turkmenistan: Die ökonomische Situation und Perspektiven wirtschaftlicher Entwicklung, February 1997
- 19 Michael **Nusser**, Lohnstückkosten und internationale Wettbewerbsfähigkeit: Eine kritische Würdigung, April 1997
- 20 Matthias **Wrede**, The Competition and Federalism - The Underprovision of Local Public Goods, September 1997
- 21 Matthias **Wrede**, Spillovers, Tax Competition, and Tax Earmarking, September 1997
- 22 Manfred **Dauses**, Arsène **Verny**, Jiri **Zemánek**, Allgemeine Methodik der Rechtsangleichung an das EU-Recht am Beispiel der Tschechischen Republik, September 1997
- 23 Niklas **Oldiges**, Lohnt sich der Blick über den Atlantik? Neue Perspektiven für die aktuelle Reformdiskussion an deutschen Hochschulen, February 1998
- 24 Matthias **Wrede**, Global Environmental Problems and Actions Taken by Coalitions, May 1998
- 25 Alfred **Maußner**, Außengeld in berechenbaren Konjunkturmodellen – Modellstrukturen und numerische Eigenschaften, June 1998
- 26 Michael **Nusser**, The Implications of Innovations and Wage Structure Rigidity on Economic Growth and Unemployment: A Schumpeterian Approach to Endogenous Growth Theory, October 1998
- 27 Matthias **Wrede**, Pareto Efficiency of the Pay-as-you-go Pension System in a Three-Period-OLG Modell, December 1998
- 28 Michael **Nusser**, The Implications of Wage Structure Rigidity on Human Capital Accumulation, Economic Growth and Unemployment: A Schumpeterian Approach to Endogenous Growth Theory, March 1999
- 29 Volker **Treier**, Unemployment in Reforming Countries: Causes, Fiscal Impacts and the Success of Transformation, July 1999
- 30 Matthias **Wrede**, A Note on Reliefs for Traveling Expenses to Work, July 1999
- 31 Andreas **Billmeier**, The Early Years of Inflation Targeting – Review and Outlook –, August 1999

- 32 Jana **Kremer**, Arbeitslosigkeit und Steuerpolitik, August 1999
- 33 Matthias **Wrede**, Mobility and Reliefs for Traveling Expenses to Work, September 1999
- 34 Heinz-Dieter **Wenzel** (Herausgeber), Aktuelle Fragen der Finanzwissenschaft, February 2000
- 35 Michael **Betten**, Household Size and Household Utility in Intertemporal Choice, April 2000
- 36 Volker **Treier**, Steuerwettbewerb in Mittel- und Osteuropa: Eine Einschätzung anhand der Messung effektiver Grenzsteuersätze, April 2001
- 37 Jörg **Lackenbauer** und Heinz-Dieter **Wenzel**, Zum Stand von Transformations- und EU-Beitrittsprozess in Mittel- und Osteuropa – eine komparative Analyse, May 2001
- 38 Bernd **Hayo** und Matthias **Wrede**, Fiscal Equalisation: Principles and an Application to the European Union, December 2001
- 39 Irena Dh. **Bogdani**, Public Expenditure Planning in Albania, August 2002
- 40 Tineke **Haensgen**, Das Kyoto Protokoll: Eine ökonomische Analyse unter besonderer Berücksichtigung der flexiblen Mechanismen, August 2002
- 41 Arben **Malaj** and Fatmir **Mema**, Strategic Privatisation, its Achievements and Challenges, Januar 2003
- 42 Borbála **Szüle** 2003, Inside financial conglomerates, Effects in the Hungarian pension fund market, January 2003
- 43 Heinz-Dieter **Wenzel** und Stefan **Hopp** (Herausgeber), Seminar Volume of the Second European Doctoral Seminar (EDS), February 2003
- 44 Nicolas Henrik **Schwarze**, Ein Modell für Finanzkrisen bei Moral Hazard und Überinvestition, April 2003
- 45 Holger **Kächelein**, Fiscal Competition on the Local Level – May commuting be a source of fiscal crises?, April 2003
- 46 Sibylle **Wagner**, Fiskalischer Föderalismus – Theoretische Grundlagen und Studie Ungarns, August 2003
- 47 Stefan **Hopp**, J.-B. Say's 1803 *Treatise* and the Coordination of Economic Activity, July 2004
- 48 Julia **Bersch**, AK-Modell mit Staatsverschuldung und fixer Defizitquote, July 2004

- 49 Elke **Thiel**, European Integration of Albania: Economic Aspects, November 2004
- 50 Heinz-Dieter **Wenzel**, Jörg **Lackenbauer**, and Klaus J. **Brösamle**, Public Debt and the Future of the EU's Stability and Growth Pact, December 2004
- 51 Holger **Kächelein**, Capital Tax Competition and Partial Cooperation: Welfare Enhancing or not? December 2004
- 52 Kurt A. **Hafner**, Agglomeration, Migration and Tax Competition, January 2005
- 53 Felix **Stübgen**, Jörg **Lackenbauer** und Heinz-Dieter **Wenzel**, Eine Dekade wirtschaftlicher Transformation in den Westbalkanstaaten: Ein Überblick, November 2005